Deutsche Rundschau in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 3 Zl. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zl. Bei Postbezug monatl. 3,11 Zl. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zl. Danzig 2,5 Guld. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 Groschen. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 133. **Bromberg, Mittwoch den 11. Juni 1924.** **48. Jahrg.**

Protest Deutschlands gegen die polnische Liquidationspraxis.

Dr. Lewald über die Wiener Verhandlungen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Staatsangehörigkeitsprobleme der deutschen Minderheit in Polen, die am 30. April in Wien begannen, haben bekanntlich bisher zu keinem Ergebnis geführt. Wie wir bereits gemeldet haben, steht auch der Schiedsspruch des von beiden benannten Vorsitzenden der Verhandlungen, des belgischen Professors Dr. Kaeckenbeeck noch aus. Der Vorsitzende der deutschen Abordnung, Staatssekretär a. D. Dr. Theodor Lewald, äußerte sich über den gegenwärtigen Stand der Konferenz nach dem Bericht der Wiener „Neuen Freien Presse" (in Nr. 21 485 vom 6. d. M.) einem Redakteur dieses Blattes gegenüber wie folgt:

„Als die im Februar und März dieses Jahres teils in Genf, teils in Warschau auf Anregung und unter Vermittelung des Völkerbundrates geführten deutsch-polnischen Verhandlungen in Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen ergebnislos geblieben waren, faßte der Völkerbundrat in seiner Sitzung vom 14. März den Beschluß, beide Regierungen zu nochmaligen Verhandlungen über diese Fragen unter einem unparteiischen Obmann einzuladen, der, falls eine Einigung nicht erzielt werden würde, Schiedssprüche fällen soll. Beide Parteien nahmen diese Einladung an und nach Vorbesprechungen in Berlin wurden die deutsch-polnischen Verhandlungen Ende April unter dem Vorsitz des Präsidenten des Gemischten Oberschlesischen Schiedsgerichts Prof. Kaeckenbeeck in Wien aufgenommen, wo sie gegenwärtig noch andauern.

In der erwähnten Sitzung des Völkerbundrates vom 14. März hat der polnische Bevollmächtigte v. Kozminski folgende Erklärung abgegeben: „Polen sieht es als moralische Verpflichtung an, keine Tatsachen zu schaffen, die den Interessen derjenigen Personen, deren Schicksal vom Ergebnis dieser Verhandlungen abhängen wird, Eintrag tun könnten." Der englische Vertreter beim Völkerbund, Lord Parmoor, hat nach dem amtlichen Sitzungsprotokoll dem polnischen Bevollmächtigten seinen besonderen Dank für diese Erklärung ausgesprochen.

Die polnischen Behörden haben sich jedoch an diese feierliche Verpflichtung der polnischen Regierung nicht gehalten. Bisher sind weit über 100 Fälle nachweisbar, in denen Personen in Polen, deren Staatsangehörigkeit strittig ist und erst durch die schwebenden Verhandlungen geklärt werden soll, von Liquidationsmaßnahmen oder Ausweisungen betroffen worden sind. Proteste hiergegen unter Hinweis auf die Erklärung des polnischen Bevollmächtigten sind mit verschwindenden Ausnahmen erfolglos geblieben.

Für die deutsche Regierung war aber die Einhaltung der von Herrn v. Kozminski namens seiner Regierung eingegangenen Verpflichtung eine wesentliche Voraussetzung für die Annahme der Einladung zu weiteren deutsch-polnischen Verhandlungen, was sie bei dieser Gelegenheit auch unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat. Angesichts der fortgesetzten Verletzungen dieser Verpflichtung hat sich die deutsche Regierung daher genötigt gesehen, in einer Note an den Völkerbundrat hiergegen Beschwerde zu führen. In dieser Note wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der Völkerbundrat Schritte tun werde, um der ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtung der polnischen Regierung Geltung zu verschaffen, und erklärt, daß die deutsche Regierung zur Fortsetzung der schwebenden deutsch-polnischen Verhandlungen nicht in der Lage sei, wenn die in Widerspruch zu dieser Verpflichtung erfolgten polnischen Maßnahmen nicht in vollem Umfang rückgängig gemacht werden."

Wie die „Neue Freie Presse" weiter mitteilt, begibt sich Dr. Lewald im Laufe der nächsten Tage nach Genf; ein Teil der Mitglieder der deutschen Abordnung bleibt in Wien zurück, um die Verhandlungen fortzuführen.

*

Reichsdeutschen Blättern entnehmen wir über die Protestaktion der deutschen Regierung folgende Meldung:

Vor Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen in Wien über die Auslegung des Minderheiten-Vertrages hatte sich die polnische Regierung dem Völkerbundrat gegenüber verpflichtet, bis zum Abschluß der Verhandlungen die bisherige Liquidierungspolitik einzustellen. Diese Verpflichtung ist jedoch in der Praxis nie eingehalten worden. Die polnische Regierung hat, wie halbamtlich mitgeteilt wird, seit dem 12. Februar 1924 113 Liquidationsbeschlüsse, 11 Ausweisungsbefehle und 44 andere Zwangsmaßnahmen erlassen. Sie hat im Widerspruch mit der von ihr übernommenen Verpflichtung nicht dafür Sorge getragen, die mit der Liquidation befaßten Behörden mit entsprechenden Weisungen zu versehen. Noch in der zweiten Hälfte des April erklärte der Präsident des Posener Liquidationskomitees, von der Verpflichtung seiner Regierung „keine Kenntnis" zu haben.

Da die deutsche Regierung naturgemäß nicht zulassen kann, daß durch diese Maßnahmen immer mehr Personen zur Abwanderung gezwungen werden und sich dadurch das Verhandlungsobjekt immer mehr verkleinert, so hat sie sich genötigt gesehen, den Sachverhalt dem Völkerbundrat zu unterbreiten, und ihn gebeten, dafür zu sorgen, daß er dem vor ihm abgegebenen polnischen Versprechen Geltung verschafft.

Ein grundsätzliches Urteil des deutsch-belgischen Schiedsgerichts.

Das gemischte deutsch-belgische Schiedsgericht hat im Anschluß an die in Paris beendete Gerichtsverhandlung nunmehr in Genf das Urteil in dem großen Deportationsprozeß gefällt.

Es handelt sich um zehn Klagen von während des Krieges deportierten Belgiern, denen im Falle eines Erfolges etwa weitere 100 000 Klagen folgen sollten. Die Klage lautete auf Zahlung von Lohn und auf Schadenersatz für entstandene Arbeitsunfähigkeit. Dieser belgischen Forderung stand die deutsche These gegenüber, nach der die den Deportierten zugefügten Schäden bereits von Belgien bei der Reparationskommission in Höhe von 144 Mill. Franken für nicht gezahlten Lohn und 496 Mill. Franken Entschädigung für Schäden der Deportierten und anderer Zivilpersonen sowie der Kriegsgefangenen angemeldet und bei der Festsetzung der deutschen Gesamtreparationsschuld bereits angerechnet worden sind. Das jetzt gefällte Urteil stimmt dieser deutschen These zu. Angesichts der Bestimmungen des Versailler Vertrages §§ 8, 2, 3 und 4 der Anlage I zu Teil 8 kam der Gerichtshof zu dem Beschluß, daß die Entscheidung über die durch die Deportation und Zwangsarbeit verursachten Schäden ausschließlich die Reparationskommission angehe, und daß der Gerichtshof für die Klage nicht zuständig sei.

Nur insofern, als Schadenersatzansprüche für mit der Post gesandte, den Deportierten nicht zugestellte Lebensmittelpakete auf Grund des Transportvertrages gestellt wurden, erklärte das Gericht sich für zuständig, erkannte den Schaden an und ordnete weitere Ermittelungen an.

Dieses Urteil ist für Polen von grundsätzlicher Bedeutung da, wie die „Lodz. Fr. Pr." schreibt, auch Polen mehrere tausend Klagen gleicher Art gegen Deutschland anhängig zu machen gedenkt.

Gleichberechtigung bei der Eisenbahn.

Interpellation

des Abg. Graebe und Gen. von der Deutschen Vereinigung im Seim an den Herrn Eisenbahnminister wegen der Entlassung von Handwerkern, Beamten und Arbeitern der Eisenbahnverwaltung ohne Pension.

Seit einer Reihe von Monaten werden fortgesetzt deutschstämmige Handwerker, Beamte und Arbeiter der Eisenbahnverwaltung gekündigt und entlassen, in einer Art und Weise, die weder mit der Verfassung noch mit den Gesetzen in Einklang zu bringen ist und die unseren schärfsten Widerspruch hervorrufen muß. Ich greife nur einen einzelnen Fall heraus, bemerke aber, daß sich der gleiche Vorgang bei hunderten von Eisenbahnern der Direktion Danzig abgespielt hat.

Der Hilfseisenbahnwärter Tietz in Wolko Nowe, Kr. Wirsitz, wurde am 1. Dezember 1923 gekündigt und am 15. Dezember 1923 entlassen. Die Kündigung war ihm mündlich von einem Vorarbeiter mitgeteilt worden. Auf seine Vorstellung hin wurde sie vom Bahnmeister wiederholt und damit begründet, daß Tietz nicht polnisch sprechen könne. Diese Begründung kann aber weder bei ihm noch bei seinen vielen Leidensgefährten stichhaltig sein, denn es sind auch eine ganze Reihe von Kollegen gekündigt, die fließend polnisch sprechen. Otto Tietz ist seit dem 11. 4. 1902, also über 21 Jahre im Eisenbahndienst, hat seine besten Kräfte darin verbraucht und ist jetzt 47 Jahre alt, Vater von vier Kindern und durch die Entlassung mitten im Winter brot- und stellungslos geworden. Am 7. 2. cr. war ihm weder eine Pension gezahlt noch das eingezahlte Pensionsgeld zurückerstattet worden. Auch die letzthin Entlassenen sind ohne jeden Pensionsbescheid, ohne jede Pensionszahlung geblieben, während doch mit dem Aufhören des Dienstes eins von beiden gezahlt werden muß. Bei der schwierigen Wirtschaftslage steht Tietz, wie die anderen, absolut mittellos den teuren Zeiten gegenüber.

Bei anderen Eisenbahnern, z. B. den Arbeitern Kroll, Schulz und Welke aus Osiek, Kr. Wirsitz, ist ebenfalls die Kündigung am 1. 12. 1923 ausgesprochen worden, im ganzen damals in Netzthal 7 deutschstämmigen und 3 polnischstämmigen Arbeitern. Die deutschen Arbeiter, unter denen sich die genannten drei befinden, mußten tatsächlich ihre Arbeit am 15. 12. einstellen, während die polnischen Kollegen ohne irgendeine Unterbrechung weiter arbeiten konnten, demnach ihre Kündigung wohl nur zum Schein erhalten haben. Die Kündigung erfolgte zwar schriftlich, wurde aber mündlich dahin begründet, daß diese drei Leute eine eigene Wohnung und etwas Land besäßen und deshalb von der Kündigung in erster Linie betroffen werden mußten. Auf ihre Vorstellung bei der vorgesetzten Behörde hin erhielten sie folgende Mitteilung vom Urząd Ruchu in Bromberg vom 11. Dezember 1923: „Ihre Bitte wegen Belassung im Eisenbahndienst wurde wegen Reduzierung des Personals nicht berücksichtigt." Ebensowenig wie die Sprache kann hier die Reduzierung des Personals ein stichhaltiger Grund sein, denn erstens wurden jüngere Leute, die seit einigen Monaten bei der Eisenbahnverwaltung arbeiten, im Dienst behalten und dann auch andere Leute wieder eingestellt. Dies letztere ist speziell in Bromberg der Fall gewesen, wo man vor einigen Wochen, um nur Beispiele zu nennen, eine ganze Reihe von deutschstämmigen Arbeitern entließ, und mit Beginn der darauf folgenden Woche 20 polnische Arbeitslose zum Kohlenabladen wieder einstellte. Ferner wurde für einen entlassenen Deutschen, Emil Zielinski, ein Pole namens Koßmann eingestellt, für den Deutschen Karl Kukoschke der Pole Dolski, alle vier in Bromberg. Das Vorhandensein eigener Wohnung und eigenen Grundbesitzes hat bei Polen in keiner Weise zur Entlassung geführt; dieselben arbeiten noch heute in ihren Stellungen.

Seit dem 1. Dezember 1923 sind auf diese Weise planmäßig Hunderte von deutschstämmigen Arbeitern, die zum Teil Jahrzehnte ohne jeden Tadel ihren Dienst verrichtet haben, arbeitslos geworden. Man hat sich nicht gescheut, sie auf die Straße zu setzen wie z. B. den Weichensteller August Dowicki in Hansdorf (Jerzmianki), Kreis Konitz. Man hat bei einer Bahnwärterfrau in Erpel die Räumung der Dienstwohnung herbeigeführt, hat ihr als Ersatz für ihre Wohnung in einem entlegenen Orte in völlig fremden Verhältnissen eine andere Wohnung angewiesen.

Alle diese Maßnahmen, die sich auf die verschiedensten Orte erstrecken, haben speziell in Dirschau die vorgesetzten Behörden keineswegs davon abgehalten, die jetzt entlassenen Eisenbahner noch unmittelbar vor ihrer Entlassung zu einer namhaften Zeichnung auf die Bank Polski mit sanftem Druck zu überreden. Bei der weitaus überwiegenden Mehrzahl aller Kündigungen handelt es sich um polnische Staatsbürger, und lediglich diese haben wir im Auge. Die Leute haben in den letzten Wochen und Monaten den Nachweis ihrer Staatsangehörigkeit noch einmal erbringen müssen. Vor vier Jahren hat die Eisenbahndirektion die Leute in Amt und Dienst übernommen und trotzdem jetzt diese Kündigungen.

Weder die Nichtbeherrschung der polnischen Sprache also, noch die Reduzierung des Personals ist ein stichhaltiger Grund. Lediglich die Zugehörigkeit der Entlassenen zu der deutschen Minderheit scheint hier der Grund zu sein und erweist sich als ein eklatanter Verstoß gegen die Verfassung, die eine völlige Gleichberechtigung aller Bürger gewährleistet. Gesetzmäßig ist die Eisenbahnverwaltung verpflichtet, den entlassenen Beamten mit dem Tage der Entlassung Ruhegehalt zu bewilligen und auszuzahlen. Allem Anschein nach liegt hier in den Direktionsbezirken der früheren Teile, speziell für den Direktionsbezirk Danzig, eine planmäßige Verdrängung des deutschen Elements vor, und ich frage den Herrn Minister der Eisenbahn:

1. ob ihm diese Zustände bekannt sind,
2. ob er sie billigt, wenn nein
3. ob er gewillt ist zu verfügen,
   a) daß weitere Entlassungen unterbleiben,
   b) daß die bereits Entlassenen wieder eingestellt resp. durch Pension voll entschädigt werden,
4. wieviel etatsmäßige und außeretatsmäßige Stellen durch diese Reduzierung des Personals erspart sind?

Warschau, den 3. Juni 1924.

Die Interpellanten.

Der Złoty (Gulden) am 10. Juni

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar =	5,21	Złoty
	100 Złoty =	112½	Gulden
Warschau:	1 Dollar =	5,18½—5,21	Złoty
	1 Danz. Guld. =	0,90½	Złoty
	Rentenmark . . . =	1,24	Złoty

Das dritte polnische Rechtsgutachten über die Kündbarkeit des Minderheitenschutzvertrages.

Wir haben bereits an dieser Stelle die bemerkenswerten Gutachten der Herren K. Kierski und Prof. Winiarski über den Minderheitenschutzvertrag in wortgetreuer Übersetzung zum Abdruck gebracht, die der „Dziennik Poznański" im Verfolg der Forderung des Herrn Senatsmarschalls Trąmpczyński für eine Kündigung des Minderheitenschutzvertrages eingeholt hatte. Vor kurzem hat nun das genannte Posener Organ des Westmarkenvereins das Gutachten eines dritten Posener Juristen, des Universitätsprofessors Dr. Peretiatowicz veröffentlicht; der betreffende Aufsatz hat folgenden Wortlaut:

„Zum Zweck einer weitgehenden Aufklärung in der Frage des Minderheitenschutzvertrages begaben wir uns zu Herrn Dr. Peretiatkowicz, Professor der hiesigen Universität, der rühmlichst auf dem wissenschaftlich-juristischen Gebiet bekannt ist.

Auf die erste Frage, wie man die Frage der Kündigung des Vertrages anfassen müsse, erwiderte Professor Peretiatkowicz, daß man, um sich genau über das ganze Problem zu orientieren, den politischen und den rechtlichen Standpunkt unterscheiden müsse.

Das ist zwar im öffentlichen Recht sehr schwer, aber es ist unumgänglich nötig, wenn wir eine wirklich klare Vorstellung gewinnen und nicht viele Dinge gleichzeitig durcheinander werfen wollen. Es bestehen nämlich viele Forderungen und Pläne, die vom politischen Standpunkt uns allen sympathisch und erwünscht sind, jedoch vom rechtlichen Standpunkt Zweifel erwecken. Genau so verhält es sich mit der Kündigung des Minderheitenvertrages.

„Aber ist denn das Aufdrängen dieses Vertrages nach Ansicht des Herrn Professors für Polen in rechtlicher Hinsicht vollkommen berechtigt?"

„Keineswegs; gerade in rechtlicher Hinsicht ist der Minderheitenvertrag eine direkt anormale Erscheinung. Er widersetzt sich nämlich dem Grundsatz der Gleichberechtigung unter den Staaten. Er belastet einige von ihnen mit besonderen Verpflichtungen, von denen andere Staaten befreit sind, sogar Staaten, die im Welt-

kriege besiegt wurden. Dieser Vertrag beschränkt die Souveränität des Staates eigenen Untertanen gegenüber und setzt ihn internationalen Reibungen aus. Außerdem ist er überflüssig, denn er enthält Grundsätze, die durch die polnische Konstitution unabhängig vom Minderheitenvertrag festgesetzt worden sind. Es liegt zweifellos etwas für Polen Demütigendes in diesem Vertrage, „der den Mangel an Vertrauen seitens der Großmächte beweist, die unser Vaterland zusammen mit Rumänien, der Tschechoslowakei und Südslawien als halbzivilisierte Staaten behandeln."

„Wäre angesichts dessen die Kündigung des Vertrages nicht die einfachste Lösung der Frage?"

„Ich denke nein. Vergessen wir nicht, daß die rechtliche Grundlage der internationalen Beziehungen der Grundsatz ist: „Pacta sunt servanda!" Diesen Grundsatz müssen wir um so peinlicher befolgen, je mehr uns an der Schaffung der Anerkennung als kultureller, mit anderen Staaten gleichberechtigter Staat in der ganzen zivilisierten Welt etwas liegt. **Verträge sind auch dann bindend, wenn ihr Inhalt unerwünscht für uns ist oder unkorrekt erscheint. Und der Versailler Vertrag besagt ausdrücklich: „Polen nimmt die Verpflichtungen, die die verbündeten Hauptmächte als notwendig für den Schutz der Interessen der in Polen wohnenden Einwohner, die sich von der Mehrheit durch ihre Rasse, Sprache oder Religion unterscheiden, betrachten, an und erklärt sich mit der Einführung dieser Verpflichtungen in den mit diesen Mächten abgeschlossenen Vertrag einverstanden."** (§ 93.)

Die Kündigung des Minderheitenvertrages könnte im Westen den Eindruck erwecken, als ob Polen den Versailler Vertrag, an dessen Aufrechterhaltung es selbst am meisten interessiert ist, verletze. Wenn aber die Kündigung des Vertrages keine Opposition der Großmächte hervorrufen sollte, so könnte man dieses Ergebnis auf normalere und korrektere Art und Weise durch eine freiwillige Revision des Vertrages in Übereinstimmung mit den Großmächten erreichen."

„Und das Fehlen der Ratifikation des Minderheitenvertrages von seiten der Vereinigten Staaten, ist das nicht eine rechtliche Grundlage, den Vertrag als nicht bestehend anzusehen?"

„Dieser Beweis hätte im Jahre 1919 vorgebracht werden müssen, wenn er auch nichts an der damaligen politischen Notwendigkeit der Ratifikation hinsichtlich des Zusammenhanges des Minderheitenvertrages mit dem Versailler Vertrag geändert hätte. **Jetzt nach der Ratifizierung und nach einer fünfjährigen Anwendung wird die Berufung auf dieses Argument in rechtlicher Hinsicht problematisch."**

„Denken Sie, Herr Professor, daß die Annullierung des Minderheitenvertrages ipso jure die Annullierung des Versailler Vertrages hervorrufen würde?"

„Diese Auffassung geht etwas zu weit und ist nicht berechtigt. Der Minderheitenvertrag hängt mit dem Versailler Vertrag nur insofern zusammen, als er die Verwirklichung der Verpflichtung Polens den Großmächten gegenüber darstellt. Diese Mächte können den Minderheitenvertrag abändern oder sogar vollkommen beseitigen, ohne um die Zustimmung von seiten Deutschlands zu fragen. Das verändert in keiner Weise das Verhältnis Deutschlands zu den alliierten Mächten, denn dieses Verhältnis stützt sich auf andere Artikel des Versailler Vertrages, die mit dem Minderheitenvertrag in keinem Zusammenhang stehen."

„Welches sind nach Ihrer Ansicht, Herr Professor, die gesetzlichen Mittel, sich der Sorgen zu entledigen, die sich aus dem Minderheitenvertrage ergeben?"

„Ich denke, daß Polen durch eine verständige und folgerichtige Politik auf eine Verbesserung der heutigen rechtlich-politischen Situation auf diesem Gebiet hinarbeiten könnte. Vor allen Dingen kann und muß man eine peinliche Beachtung des Rechtsstandpunktes vom Völkerbund verlangen. Das betonten schon öfters hervorragende polnische Juristen, daß der Völkerbund sich häufig polnischer Fragen annimmt, für die er, laut Vertrag, nicht zuständig ist, daß er endlich mitunter nicht das Verfahren anwendet, das im Vertrage vorgesehen ist. Es ist Sache der polnischen Diplomatie, in solchen Fällen einen entschlossenen Standpunkt einzunehmen, der eine Verletzung der in den Verträgen genau vorgesehenen Linie nicht zuläßt."

„Also der Schwerpunkt des jetzigen Standes der Dinge beruht auf politischem Gebiet?"

„Ja! Ich bin der Meinung, daß eine grundsätzliche Besserung der augenblicklichen Lage nicht durch juristische Klausulierungen, sondern durch politische Aktionen erfolgen kann, die die Großmächte zu einer Änderung hinsichtlich des jetzigen Vertrages bewegen. Nach dem Wortlaut des oben angeführten § 93 des Versailler Vertrages haben die Mächte vollkommen freie Hand in bezug auf Berücksichtigung polnischer Forderungen, die höchstwahrscheinlich durch die Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien unterstützt werden würden. Der Schwerpunkt der ganzen Frage ruht also auf politischem Gebiet, und die entscheidende Stimme in dieser Angelegenheit werden nicht die polnischen Juristen, sondern die polnischen Politiker haben, die in dieser Hinsicht zweifellos durch das ganze Volk unterstützt werden dürften."

Damit schloß Prof. Peretiatkowicz seine Meinung über die Frage der Annullierung des Minderheitenvertrages. Wie wir sehen, bringt dieses Interview einige sehr wichtige Zusätze zu den beiden vorherigen Interviews bei Herrn Rat K. Kierski und Prof. Dr. Winiarski, die in derselben Angelegenheit veröffentlicht worden sind. Es bestätigt sich überdies, wie in den beiden vorhergehenden Interviews, daß eine Menge Methoden und Mittel unserer Diplomatie in die Hand gegeben sind, mit deren Hilfe wir in einer ungeheuren Menge von Fällen trotz des Minderheitenvertrages, und sogar unter Berufung auf ihn eine Menge Lasten abwerfen können, die der Völkerbund auf unsere Schultern gepackt hat.

Prof. Peretiatkowicz beweist die unwiderlegbare Tatsache, daß der Völkerbund die Erweiterung seiner Befugnisse und die Einmischung in Dinge erstrebt, die ihn unmittelbar nichts angehen. Aus eigener Erfahrung aber wissen wir leider, daß unsere bisherigen Vertreter, anstatt eine derartige Erweiterung nicht zuzulassen, und anstatt kategorisch gegen jede Überschreitung der Befugnisse zu protestieren, sich mit einer unerklärlichen Nachgiebigkeit mit allem bereit erklärten, was man ihnen vorschlug, und daß jede Frage mit einem Reinfall für uns endete.

Zur Belohnung für diese Nachgiebigkeit, die nur durch die Absicht hervorgerufen war, Vorwürfe der Intoleranz, des Chauvinismus usw. zu vermeiden, erhalten wir die Rolle der Terroristen zugewiesen und bekommen noch obendrein höchst beleidigende Noten von seiten derjenigen, die selbst in der scheußlichsten Art und Weise ihre Minderheiten verfolgen und terrorisieren."

Das Gutachten des Herrn Prof. Peretiatkowicz wiederholt in rechtlicher Hinsicht nur das, was wir stets in dieser Angelegenheit betont haben: **der Minderheitenvertrag ist und bleibt unkündbar.**

Daß die keineswegs nur für Polen geltenden Minderheitenverträge den Grundsatz der Gleichberechtigung unter den Staaten verletzen und damit etwas für Polen Demütigendes enthalten, hat bereits der gewiß nicht als **deutschfreundlich anzusprechende Herr Clemenceau in seiner** Mantelnote zum Minoritätenvertrag versichert und eingehend begründet.

Einen offenen Widerspruch mit sich selbst enthält die Behauptung des Herrn Dr. Peretiatkowicz, daß eine Annullierung des Minderheitenvertrages in keiner Weise das Verhältnis Deutschlands zu den alliierten Mächten abändere. Dieses Verhältnis stützt sich auf alle Artikel des als ein Ganzes zu wertenden Versailler Vertrages, also auch auf den von Herrn Peretiatkowicz einige Absätze vorher wörtlich mitgeteilten § 93: Der Schutz für die deutsche Minderheit in Polen ist das einzige Gegenstück, das Deutschland für die Abtretung der Provinzen Posen, Westpreußen und Polnisch-Schlesien erhalten hat. Der polnische Sachverständige bemerkt ja auch selbst, daß darum eine Kündigung des Minderheitenvertrages den Eindruck erwecken könne, als ob Polen den Versailler Vertrag verletze. Praktisch hat diese Abhängigkeit des Minderheitenvertrages von Art. 93 des Friedensvertrages auch zu der Teilnahme Deutschlands an den Wiener Verhandlungen geführt und den Protest ermöglicht, den der Führer der deutschen Delegation gegen die polnische Liquidationspraxis beim Völkerbund eingebracht hat, wobei wir auf die in der vorliegenden Nummer der „Deutschen Rundschau" abgedruckte Unterredung des Herrn Dr. Lewald mit einem Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse" verweisen.

Da der Minoritätenvertrag eine unantastbare Rechtsbasis darstellt, läßt er sich auch durch politische Manöver nicht ausschalten. Mit hoher Anerkennung haben wir stets von den minderheitsfreundlichen Bestimmungen der polnischen Verfassung gesprochen. Aber zu unserem aufrichtigen Bedauern sind diese Paragraphen in großem Umfange nicht zur Tat geworden, und die Minderheiten sind bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge, eben weil sie Minderheiten sind, nicht in der Lage, auf parlamentarischem Wege ihre Forderungen durchzudrücken. Der Minderheitenvertrag enthält darum etwas, was die Konstitution nicht enthalten kann: **die internationale Garantie der Schutzbestimmungen durch den Völkerbund,** auf die wir so lange nicht verzichten können, als es in Polen möglich ist, über unsere berechtigten Forderungen, die keineswegs den Staat angreifen, sondern nur unser nacktes Lebensrecht sichern wollen, einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Die polnische Diplomatie hat sich bisher ständig gegen Einmischung" des Völkerbundes, wie sie der Minderheitenvertrag vorsieht, gewehrt. Die gegenteilige Behauptung des „Dziennik Poznański" ist vollkommen unrichtig. Wir glauben allerdings, daß unserem Staate mehr gedient wäre, wenn die Beschwerden der Minderheiten vor dem Völkerbund nicht Jahre hindurch verschleppt worden wären.

Es gibt für Polen nur einen politischen Weg, der den Minderheitenvertrag praktisch annullieren würde. Wir meinen eine aufrichtige und darum folgerichtige Minderheitenpolitik, die alle Völker dieses Staates als Freie unter Freien, als Gleiche unter Gleichen behandelt. Erreicht Polen dieses hohe Ziel, gegen das verantwortliche und unverantwortliche Elemente täglich ankämpfen, so werden die Minderheiten selbst und vermutlich auch die Großmächte und das Deutsche Reich keinen Wert mehr auf die internationale Garantie des Minderheitenschutzvertrages legen. Eine solche verständige Staatspolitik ist das Gebot der Stunde. Wir fürchten, daß diese Staatssanierung noch in recht weiter Ferne liegt; wir möchten das Gegenteil aber noch immer hoffen.

Das Eintagskabinett Marsal.

Paris, 10. Juni. PAT. Präsident Millerand hat vorgestern die Bildung des neuen Kabinetts einem Mann des Nationalen Blocks, François Marsal anvertraut. Marsal, der im Poincaré-Kabinett Finanzminister war, lud als Minister Capuce, Ferrit, Landri, Jurdin und Lefèvre, auch Maginot und Favre ein. Das Kabinett soll eine Eintagsfliege sein, wie Marsal selbst erklärte. Nach der Verlesung der Botschaft des Präsidenten Millerand an die Kammer will der neue Premier eine kurze Ansprache über die entstandene Krise und über die Notwendigkeit einer Abstimmung der Nationalversammlung in Sachen des evtl. Rücktritts des Präsidenten Millerand halten.

Die ungelöste deutsche Regierungskrise.

Die Deutschnationalen kündigen den Sturz der Regierung Marx an.

Der deutschnationale Parteiführer Graf Westarp zieht in der „Kreuzzeitung" die Bilanz der abgelaufenen Reichstagsdebatte. Er kündigt an, daß die Deutschnationalen alles, was in ihrer Macht steht, tun werden, um das Kabinett Marx noch vor dem Abschluß der Verhandlungen über das Sachverständigengutachten zu beseitigen, um selbst an die Macht zu gelangen. Das wird näher noch ausgeführt bei der Ankündigung, daß die Deutschnationalen bei den Reichstagsdebatten über das Schlußabkommen dagegen stimmen werden, wenn nicht ihre Voraussetzungen, vor allem die politische und militärische Räumung des besetzten Gebietes, erfüllt werden. Graf Westarp rechnet auf eine neue Parteikonstellation im Reichstag, wobei er Zentrum und Nationalsozialisten einbeziehen will, mit der Deutschen Volkspartei als Selbstverständlichkeit rechnet, die Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei auch noch zuzieht.

Dieser Rechtsblock hätte 227 Stimmen im Reichstage. Kanzlerkandidat der Deutschnationalen ist nach wie vor Tirpitz. Westarp versichert, daß mindestens die Nationalsozialisten diese Kammer unterstützen werden.

England vor Neuwahlen?

„Daily Expreß" meldet, daß die führenden Persönlichkeiten in den drei großen Parteien sich klar darüber sind, daß Neuwahlen in England wahrscheinlich im Herbst, spätestens einige Monate vor Weihnachten, stattfinden werden. Alle Parteien sind im Begriff, die Vorbereitungen für einen intensiven Sommerfeldzug für die Vorbereitung der Wahlkrise zu treffen. Wahrscheinlich wird die Regierung Neuwahlen auf Grund ihrer Vorschläge für die Abhilfe der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot herbeiführen, die wegen ihres weitreichenden Charakters den vereinten Widerstand der beiden bürgerlichen Parteien auslösen würden.

Das Budget vor dem Sejm.

Plenarsitzung des Sejm am 6. Juni 1924.

Warschau, 7. Juni. (Eigener Bericht.) Im Mittelpunkte der gestrigen Sitzung stand das Referat des Hauptberichterstatters der Budgetkommission zum Budget für 1924. In großen Zügen führte Berichterstatter Zdziechowski ein Bild der Finanzverhältnisse des polnischen Staates seit den Tagen seines Neuerstehens [illegible]. Er zeigte, wie gerade das verflossene Jahr 1923 den größten **Zusammenbruch der polnischen [illegible]** hat. Während in den früheren Jahren der Auslandswert der Mark höchstens pro Jahr auf den 6. Teil gefallen war, stürzte die Mark im Jahre 1923 auf den 350. Teil des zu Beginn des Jahres eingehaltenen Wertes. Es muß anerkannt werden, daß es dem zielbewußten Eingreifen des derzeitigen Premiers und Finanzministers zu danken ist, wenn wir zu besseren Verhältnissen gelangt sind und von einer Stabilisierung unseres Geldes sprechen können. Es gebührt jedoch das Verdienst auch dem Sejm, indem er durch das Vermögenssteuergesetz, das Gesetz über die Valorisation und durch das Ermächtigungsgesetz für die Sanierungsarbeit die Grundlage und freie Bahn geschaffen hat. Der Referent dankt dem Präsidenten Grabski im Namen des Sejm für seine geleistete Arbeit (Beifall auf der Rechten und in der Mitte). Herr Grabski hat brutale fiskalische Mittel anwenden müssen, die gewiß nicht immer den Beifall für sich haben. Die Grenze der Brutalität liege aber da, wo die wirtschaftliche Kraft aufhört. Der Referent spricht dann über die polnische Bank und die finanzielle Kraft des Staates zur Einziehung des Markumlaufes. Dieser beträgt derzeit (20. Mai l. J.) 253 Millionen, zu deren Deckung der Staat ein Aktivum von 181 Millionen Gulden besitzt. Es stehen uns aber noch andere Quellen und Reserven zu Gebote, so daß die Einziehung der Polenmark ohne Schwierigkeiten vor sich gehen wird.

Auf die Einzelteile des Budgets übergehend, erwähnt der Referent die Krisis in Industrie und Landwirtschaft und deutet die Wege zur Behebung derselben an. Vor allem kommt er auf die notwendigen Sparmaßnahmen im Staatshaushalt sowie die Ermäßigung der Regien in der Industrie und die Regelung der landwirtschaftlichen Kreise zu sprechen. Beifall der Rechten und der Mitte lohnte die gewiß gedankenreichen Ausführungen des Berichterstatters.

Die Debatte über den Bericht wurde auf den nächsten Dienstag verlegt.

In derselben Sitzung kamen folgende Gesetze zur ersten Lesung:

1. Das Gesetz, betreffend die Ausdehnung des Gesetzes vom 14. Mai 1923, betreffend die Gewerbesteuer auf Oberschlesien.

2. Das Gesetz btreffend die Bevollmächtigung des Ministerrates zur Übernahme staatlicher Finanzgarantie für langfristige Kredite durch Pfandbriefe.

3. Das Gesetz betreffend den Beitritt Polens zum internationalen hydrographischen Büro in Monaco.

Mündliche Berichterstattung und Annahme der Kommissionsanträge erfolgte über die Spielkartensteuer zugunsten des Roten Kreuzes, ferner des Antrages des Abg. Sommerstein wegen der Festlegung der Gerichtsgebühren im Bereiche der Appellationsgerichtshöfe in Krakau, Lemberg und Teschen.

Eine lange Debatte entfesselte der Antrag des Abg. Wiewiorski betreffend die Erlaubnis des Tabakanbaues für den eigenen Gebrauch der Landleute. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Entscheidung in der Paßfrage wurde für die nächste Sitzung zurückgestellt.

Die Paßgebühren.

Wieder ein anderes Bild.

Warschau, 7. Juni. (Eigener Bericht.) Mit besonderem Interesse wurde der gestrigen Sitzung der Finanzkommission entgegengesehen, die die Frage der Paßgebühren zu regeln hatte. Der engere Ausschuß hatte in seiner gestrigen Sitzung einen Gesetzentwurf angenommen, wonach die Höchstgebühr für Pässe 50 Złoty betragen sollte. Außerdem waren Paßerleichterungen für Reisen zu Studienzwecken, zur Wahrung von Handels- und Industrieinteressen, aus Anlaß von Erkrankungen, die eine Heilung im Auslande nötig machen, sowie für Reisen zur Teilnahme an unterrichtlichen Besprechungen, internationalen Versammlungen, Lehrerversammlungen, sportlichen und anderen Zusammenkünften festgesetzt worden.

Die Debatte gestaltete sich sehr lebhaft. Der Vertreter des Finanzministeriums betonte insbesondere die Bedeutung der Paßerschwerung für die Sanierung. Die bäuerlichen Kreise hielten die Ausreise für überflüssig. (!!) Schließlich gelangte ein Vermittlungsantrag des Abg. Moraczewski zur Annahme. Diesem zufolge wird die Höhe der gewöhnlichen Paßgebühren dem Ermessen des Finanzministeriums im Einvernehmen mit dem Innenministerium überlassen (d. h. es bleibt nach den Erklärungen, die der Vizeminister Klarner in dem engeren Ausschuß gegeben hat, so ziemlich alles beim alten. Deutsche Rundschau.) Die Pässe für ausreisende arbeitsuchende Personen sind frei. Pässe für Industrie und Handel, im Falle von Ausreisen, die für das Geschäft nötig sind, kosten 25 Złoty, Pässe für die oben genannten Zwecke, für welche die Kommission Erleichterungen einräumte, kosten 20 Złoty. Im Falle der Durchführung des neuen Stempelgesetzes sollen die Gebühren weiter geregelt werden.

Das Plenum wird am Dienstag über die Paßfrage entscheiden.

Republik Polen.

Aus den Sejmkommissionen.

Warschau, 6. Juni. Die Unterrichtskommission beriet das Gesetz über die Qualifikation von Lehrkräften der Mittelschulen. Es wurde ein zehngliedriger Ausschuß gewählt, der die Anträge weiter verarbeiten soll. — Die Administrationskommission beriet das Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden. Art. 2, der die Aufhebung der im preußischen Anteil bestehenden Gutsgemeinden zum Gegenstande hat, wurde angenommen.

Kein Aufstand im Wilnagebiet.

Die polnische Gesandtschaft in Riga dementiert, Blättermeldungen zufolge, die Nachrichten über einen weißrussischen Aufstand und blutige Kämpfe im Wilnagebiet. Ebenso soll die Nachricht über Verlängerung des Kriegszustandes im Wilnagebiet nicht den Tatsachen entsprechen. Auch die litauische Gesandtschaft in Riga hat keinerlei bezügliche Nachrichten erhalten.

Notlandung eines polnischen Militärflugzeuges in Ostpreußen.

Ein polnisches Militärflugzeug, das längere Zeit über deutschem Gebiet gekreuzt hatte, und sich auf einem Fluge verirrt hatte, ist am Dienstag bei Dt. Eylau notgelandet. Nachdem den Flugzeuginsassen durch die Polizeiorgane die Ausweispapiere beschlagnahmt worden waren, setzte das Flugzeug seinen Flug wieder fort.

Anleihe für die Lodzer Industrie.

In Lodzer Industriekreisen spricht man von einer 7-Millionen-Zloty-Anleihe, welche die Regierung der Lodzer Industrie erteilen will. Die Großindustrie soll fünf Millionen, die mittlere Industrie zwei Millionen Zloty erhalten. Die Anleihen gewährt die „Bank Polski" **mit einem dreimonatlichen Termine gegen 9 Prozent.**

Bromberg, Mittwoch den 11. Juni 1924.

Pommerellen.

10. Juni.

Graudenz (Grudziądz).

* **Die Reiseprüfung** im Klassischen Gymnasium fand am 4. und 5. Juni unter dem Vorsitz des Visitators Herrn F. Przyjewski statt. Von 17 Prüflingen erhielten 16 das Abiturientenzeugnis, darunter drei weibliche.

* **Verkehrseinschränkung.** Seit dem 1. Juni haben auf der Linie Laskowitz—Czersk die beiderseitigen Mittagszüge aufgehört zu verkehren. Es fährt jetzt in beiden Richtungen nur noch morgens und abends je ein Zug. *

□ **Der letzte Sonnabend-Wochenmarkt** war recht stark beschickt, der Umsatz ließ jedoch viel zu wünschen übrig. Es wurden folgende Preise erzielt: Butter 2,5—2,9, Eier 2,0, Glumse 0,6, Kartoffeln 5,0, Spinat 0,5, Spargel 3,5, Suppenspargel 2,5, Rhabarber 0,4—0,5, Tomatenpflanzen 0,3, Gurken 4,0—6,0, Blumenkohl 4,0—5,0. Der Fischmarkt war nicht so stark beschickt wie die vorigen. Besonders die Zufuhr von Aal scheint etwas nachzulassen. Es kosteten: Krebse 0,3, Hecht 2,0, Aal 2,5—3,0, Schleie 2,0, Karauschen 1,5, Plötze 0,6, Bressen 0,7. Der Geflügelmarkt zeigte eine reiche Auswahl. Man forderte folgende Preise: Hühner 2,5—5,0, Enten 5,0 bis 6,0, Puten 14,0, Gänse 10 Pfund schwer 7,0, Tauben das Paar 2,0—2,5. Die Nachfrage war aber so gering, daß noch gegen 12 Uhr viel Geflügel unverkauft war. Um Geld in die Hände zu bekommen, boten die Landleute das Geflügel zu Preisen an, welche die Aufzuchtkosten nur zum geringen Teile decken und trotzdem fanden sich keine Käufer. Der Fleischmarkt war derart beschickt, daß noch eine weitere Reihe von Buden eröffnet werden mußte. Auch standen mehrere Fleischer mit ihrer Ware auf dem Getreidemarkt. Eine wesentliche Preisänderung ist nicht zu erkennen. *

□ **Der Schweinemarkt** war etwas schwächer beschickt, auch muß ein schwaches Anziehen der Preise vermerkt werden. Man kaufte Absatzferkel mit 25,0 das Paar. Auch die Preissteigerung bei Läuferschweinen hält an. Die Zufuhr an Läufern hat bedeutend nachgelassen. Der Markt war schon früh geräumt. *

A. **Die kommende Johannisfeier** wirft schon „ihre Schatten voraus". Der übliche Festplatz am Weichselufer ist durch das Hochwasser und den Eisgang stark beschädigt. Mit Gemüll werden die Auskolkungen gefüllt. Die üblichen „Naturforscher" sind eifrig beschäftigt, alles noch Brauchbare, wie Blech usw. zu bergen. Bei der warmen Witterung hauchen die verschiedenen verwesenden Stoffe mancherlei unangenehme Dünste aus. Einige Karussels haben sich eingefunden, um wieder den üblichen Rummelplatz erstehen zu lassen. *

Thorn (Toruń).

‡ **Von der Weichsel bei Thorn.** Sonnabend früh betrug der Wasserstand fast unverändert 1,42 Meter über Normal. — Dampfer „Zamoyski" fuhr mit drei gedeckten und einem offenen Kahn, sämtlich beladen, stromauf weiter. Eingetroffen sind sieben Traften, abgeschwommen zwei. — Vor einigen Tagen haben die Fahrzeuge der Weichselflottille Thorn verlassen. **

‡ **Der Haupt-Vieh- und Pferdemarkt** des Juni in Thorn am vergangenen Donnerstag war mit 140 Ferkeln, 56 Läufern, 29 Fettschweinen, 18 Ziegen und 336 Pferden beschickt. Der Marktverlauf war lebhaft. An Preisen wurden erzielt: für Pferde 100—450 Złoty, für bessere und Zuchtpferde 500—800 Złoty. Einjährige Fohlen brachten 85 bis 120 Złoty, zweijährige 140—250 Złoty. Für Mastschweine wurden je 50 Kilogramm Lebendgewicht 45—55 Złoty gegeben; Läufer unter 35 Kilo brachten 20—25 Złoty, über 35 Kilo 28—33 Złoty. Ferkel wurden paarweise mit 10 bis 16 Złoty gehandelt, Ziegen stückweise mit 12—18 Złoty. — Für Hornvieh ist der Auftrieb wegen Seuchengefahr immer noch verboten. **

‡ **Beendigung der Theaterspielzeit.** Mit der am vorletzten Freitag stattgefundenen Vorstellung des Lustspiels „Dressur auf den Mann" hat die diesjährige zweite Spielzeit der Deutschen Bühne ihr Ende erreicht. Es hat sich herausgestellt, daß die letzten Vorstellungen, die bereits in die wärmere Jahreszeit fielen, nicht mehr so gut besucht waren, wie die Leitung es nach den vielseitig geäußerten Wünschen auf Verlängerung der Spielzeit hätte annehmen dürfen. Aus diesem Grunde wurde von einer Wiederholung und von einer offiziellen Schlußvorstellung, zu welcher bereits ein Sudermannsches Schauspiel geprobt wurde, abgesehen. **

‡ **Regelmäßige Promenadenkonzerte** werden nunmehr wieder im Stadtpark in der Nähe des Pavillons an der großen Terrasse durch die hiesigen Militärkapellen veranstaltet. Die Konzerte, die stets einen großen Zuhörerkreis haben, finden jeden Mittwoch nachmittag von 5 Uhr an statt.

‡ **In Vergessenheit geraten** zu sein scheint die im vergangenen Jahre erlassene Verfügung des Stadtpräsidenten, die den Straßenhändlern mit Obst usw. vorschrieb, ihre feilgehaltenen Waren zum Schutz gegen den Straßenstaub unter Glas auszustellen. Jedenfalls kann man nirgends derartigen Glasschutz bemerken. **

‡ **Betrugsversuche.** In Thorn sind die Veranstalter von Tanzfestlichkeiten, Vorstellungen, Vergnügungen usw. verpflichtet, nur die von der Steuerkasse herausgegebenen Eintrittskarten, die bereits die Steuerlochung aufweisen, zur Ausgabe an ihre Gäste usw. zu verwenden. Dieser Umstand führt dazu, daß bei jeder Veranstaltung — sei es in einem Tanzlokal, auf dem Sportplatz oder dgl. — stets dieselbe Art von Eintrittskarten ausgegeben wird, die in etwa sechs Farben variiert. „Geschäftstüchtige" Leute sind nun schon, wie man hört, seit längerer Zeit dahinter gekommen, sich solche Karten in verschiedenen Farben zu sammeln (daß der Kontrollabschnitt nicht mehr daran hängt, tut nichts zur Sache). Wenn sie nun Lust verspüren, irgendeine Veranstaltung „billig" mitzumachen, sondieren sie erst behutsam nach der Farbe der ausgegebenen Eintrittskarten, nehmen dann ihre entsprechende ungültige Karte aus der Tasche und begeben sich damit ungehindert durch die Saal- bzw. Platzsperre. Die hier tätigen Kontrolleure sind meistenteils so stark beschäftigt, daß sie keine Zeit zur Prüfung der Kartennummer haben, sondern nur auf die Farbe sehen und im Falle der Übereinstimmung passieren lassen. — Auch in den Garderobeablagen ist der Schwindel mit falschen Garderobezetteln schon mehrfach versucht worden und teilweise soll er für die Betrüger auch von Erfolg begleitet gewesen sein. Um sich vor derartigen Schäden — die bei Garderobenhütern evtl. noch unangenehme polizeiliche Nachspiele haben können — zu schützen, ist neben erhöhter Aufmerksamkeit noch die Stempelung oder anderweitige Kennzeichnung der ausgegebenen Karten zu empfehlen. **

‡ **Die Feuerwehr** wurde am Mittwoch nach der ul. Rybaki (Fischerstraße) Nr. 17 gerufen, wo ein Schornsteinbrand ausgebrochen war. Das Feuer konnte schnell gelöscht werden und hat nur geringen Schaden angerichtet. **

---

* **Berent** (Koscierzyna), 7. Juni. Dem im Kreise Berent geborenen Dichter der polnischen Nationalhymne „Jeszcze Polska nie zginęła" (Noch ist Polen nicht verloren), Josef Wybicki, soll in seiner Heimat ein Denkmal errichtet werden. Zu diesem Zwecke hat sich ein Komitee mit dem Starosten des Kreises an der Spitze gebildet.

* **Briesen** (Wąbrzeźno), 7. Juni. Das Innenministerium hat die Entscheidung des Wojewoden, wodurch die Bestätigung der Wahl des Herrn A. Makowski zum Bürgermeister von Briesen abgelehnt wurde, bestätigt. — Auf dem Wege von Briesen nach Łabędź haben zwei Strauchräuber einen Herrn Michał Leśki überfallen und ihm 7000 Dollars geraubt, worauf sie auf Fahrrädern das Weite suchten.

* **Dirschau** (Tczew), 7. Juni. Einen Selbstmordversuch unternahm kürzlich ein ca. 25jähriger lediger Schlossergeselle, in der Schloßstraße wohnhaft, indem er Karbolsäure zu sich nahm. In bedenklichem Zustande wurde er ins Vinzenzkrankenhaus eingeliefert, und sein Zustand hat sich nach Auspumpen des Magens merklich gebessert, so daß keine direkte Lebensgefahr mehr besteht. Der Grund zu dieser Tat ist nicht bekannt.

* **Karthaus** (Kartuzy), 7. Juni. Nach einer Notiz des „Gl. Pom." wollen die Inhaber von Sommerwohnungen in den kassubischen Dörfern sich gegen den starken Zustrom ostjüdischer Sommergäste wehren und in der bevorstehenden Sommerreisezeit von Wohnungsuchenden die Vorlegung von „Taufscheinen" fordern. Man glaubt dadurch der durch reiche Sommergäste geförderten Lebensmittelteuerung entgegenwirken zu können.

* **Karthaus** (Kartuzy), 7. Juni. Als der Knecht des Gutes Barwenica im Kreise Karthaus kürzlich nach beendetem Ausfahren von Setzkartoffeln mit einem mit drei Pferden bespannten Wagen heimkehrte, überraschte ihn ein Gewitter. Ein Blitzschlag streckte Mann und Roß zu Boden. Als der Fuhrmann sich von einer leichten Betäubung erholt hatte, fand er zwei seiner Tiere tot am Boden. Das dritte war heilgeblieben.

* **Schöneck** (Skarszewy), 7. Juni. Nachdem im vergangenen Jahre die deutschen Parallelklassen der hiesigen Mittelschule aufgelöst worden sind, ist vor einigen Tagen die Auflösung der übrigen Klassen verfügt, so daß die Kinder jetzt in die Volksschule gehen müssen.

* **Schwetz** (Świecie), 6. Juni. Dem Mühlenbesitzer Rokicki in Komorsk, Kreis Schwetz, wurden durch nächtlicherweile verübten Einbruch fünf Transmissionsriemen gestohlen.

*

Vereine, Veranstaltungen rc.

Theatermusikvereinigung Swiecie. Am Sonnabend, den 14. Juni 1924, findet ein einmaliges Gastspiel der Deutschen Bühne Grudziądz („Börsenfieber") statt. Näheres s. Inserat. (17812

Deutscher Frauentag in Dirschau

am 17. Juni.

Man schreibt uns:

„Wie erfreulich ist es, in der Sommerzeit auf Reisen zu gehn! So werden die deutschen Frauen von Posen und Pommerellen aufgefordert, in der Woche nach Pfingsten die freundliche Weichselstadt Dirschau zu besuchen. Doch sollen nicht nur Stadtpark und schöne Umgebung besichtigt werden, der Hauptzweck der Zusammenkunft ist ein anderer. Die deutschen Frauen wollen den Zusammenhang unter sich pflegen und ihre gemeinsamen Aufgaben beraten. Diese beziehen sich auf alle Gebiete, die Frauen insbesonders betreffen. — Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen, damit sie im harten Lebenskampfe nicht unterliegen, sondern wohl gerüstet sind, sollen gezeigt und, wenn möglich, neugeschaffen werden. —

Was aber liegt der Frau mehr am Herzen als die Jugend? — Schon lange sehen die Frauen mit tiefem Schmerze, wie die Jugend mehr und mehr der guten Zucht entgleitet. Die alten Tugenden in ihnen zu pflegen, sie zu sittsamem Lebenswandel, zu Treue und Rechtschaffenheit zu erziehen, müssen die Gutgesinnten sich zusammenschließen. Man soll überall Jugendgruppen ins Leben rufen, in denen harmlose Fröhlichkeit, sittliches Betragen, Liebe zu Natur und Heimat, zum eigenen Volkstum, überhaupt zu allem Guten und Rechten zu Hause sind. Unsere Aufmerksamkeit muß mehr als bisher auf unsere Jugend gerichtet sein, und diese Aufmerksamkeit muß sich in Arbeit für die Jugend und mit der Jugend umsetzen. Mögen alle, die sich hieran beteiligen wollen, sich zur Tagung einfinden, um durch gegenseitigen Erfahrungsaustausch dem angestrebten Ziele näherzukommen."

Die Zwangsverwaltung von Liquidationsobjekten.

Nach Thieme-Schuster: „Das polnische Liquidationsverfahren". Berlin 1924, Verlag von Franz Vahlen.

Nach Art. 92, Abs. 4 des Versailler Friedensvertrages dürfen Güter, Rechte und Interessen der deutschen Reichsangehörigen auf Grund des Art. 297 von der polnischen Regierung liquidiert werden. Art. 297b, Abs. 1 aber besagt: Soweit der gegenwärtige Vertrag nicht etwas anderes bestimmt, behalten die alliierten und assoziierten Mächte sich das Recht vor, alle den deutschen Reichsangehörigen oder den von ihnen abhängigen Gesellschaften .... gehörenden Güter, Rechte und Interessen .... zurückzubehalten und zu liquidieren. Es ist eine juristische Streitfrage, ob durch die in Art. 92 Abs. 4 enthaltene Bezugnahme auf Art. 297 das Recht der Zurückbehaltung auch auf den polnischen Staat ausgedehnt ist, oder ob dieser nur das Liquidationsrecht hat. Die letztere Ansicht ist besonders von Kauffmann in seinem Buch „Deutsche Hypothekenforderungen in Polen" verfochten worden. Kauffmann spricht das Zurückbehaltungsrecht nur denjenigen Staaten zu, welche das Recht der Pfandhaftliquidation besitzen, nicht aber den neuen Staaten, insbesondere Polen. Jedoch spricht manches gegen die Ansicht von Kauffmann, ohne daß diese Streitfrage hier im einzelnen erörtert werden soll. Aus der dem polnischen Staat zweifellos zustehenden Entdeutschungsliquidation lassen sich Zwangsverwaltungsmaßnahmen als vorbereitende Maßnahmen rechtfertigen. Wenn nun dem polnischen Staat neben dem Liquidationsrecht ein Zurückbehaltungsrecht zusteht, das sich in Zwangsverwaltungsmaßnahmen äußert, so ergeben sich aber für dessen Ausübung eine Reihe von Beschränkungen. Das Zurückbehaltungsrecht ist kein selbständiges Recht, sondern es kann nur in unmittelbarem Zusammenhang mit der Liquidation ausgeübt werden. Es ist eine Vorbereitungsmaßnahme zwecks demnächstiger Durchführung der Liquidation und als solche nur zulässig, so weit sie diesem vorbereitenden Zweck auch tatsächlich dient. Die Zwangsverwaltung darf daher nicht unverhältnismäßig lange ausgedehnt werden, um das Liquidationsverfahren zunächst zu umgehen und die Zahlung des Liquidationserlöses hinauszuschieben. Sie darf ferner nicht über das zur Erreichung des Sicherungszweckes notwendige Maß hinausgehen und muß in der Art ihrer Durchführung dem Umstande Rechnung tragen, daß bei der Entdeutschungsliquidation weder der polnische Staat noch dessen Angehörige auf Kosten der Reichsdeutschen bereichert werden, vielmehr deren Vermögensinteressen nach Möglichkeit gewahrt werden sollen. Aus diesem Grunde darf die Zwangsverwaltung niemals zu einem Eingriff in die Substanz des ihr unterliegenden Vermögens auf Kosten des deutschen Eigentümers führen; der Zwangsverwalter muß ordnungsmäßig verwalten und den sich bei ordnungsmäßiger Verwaltung ergebenden Reingewinn an den deutschen Berechtigten abführen. Jede andere Auffassung würde dem § 3 Abs. 1 der Anlage nach Art. 298 zuwiderlaufen, wonach der Zweck der

außerordentlichen Kriegsmaßnahme und mithin auch des retenir (des Zurückbehaltens) ist, dem Eigentümer die Verfügungsbefugnis über sein Gut zu entziehen, ohne das Eigentum selbst anzutasten. Der Reinerlös selbst ist eine Summe, und als solche, wie oben gezeigt, überhaupt nicht oder doch nur im Wege sofortiger Auszahlung an den Berechtigten liquidierbar. Die Einbehaltung der Reingewinne aus der Zwangsverwaltung ist somit unzulässig.

Ist der Zwangsverwalter aber nur berechtigt, die Verwaltung für Rechnung des deutschen Berechtigten zu führen, so wird man ihn auch für verpflichtet erachten müssen, dem Berechtigten in regelmäßigen Zeitabschnitten Rechnung zu legen. Der Anspruch auf Rechnungslegung ist ein Nebenanspruch des Anspruchs auf Auszahlung des Reingewinnes, der im deutschen BGB., das für die von Deutschland an Polen abgetretenen Gebiete in Geltung geblieben ist, ausdrücklich ausgesprochen wird (§ 259). Es kann aber nicht der Sinn des VV. sein, wegen eines Hauptanspruches die Klage vor dem Gemischten Schiedsgerichtshof zu erheben, den Kläger aber wegen der damit notwendig zusammenhängenden Nebenansprüche vor die polnischen nationalen Gerichte zu verweisen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 10. Juni.

§ **Die Bestellgelder für Postpakete** sind nach einem neuerdings beschlossenen Tarif wie folgt festgesetzt: Es kosten Pakete bis zu 5 Kilogramm Gewicht 20 Groschen, bis zu 10 Kilogramm 30 Groschen, bis zu 15 Kilogramm 50 Groschen und bis zu 20 Kilogramm Gewicht 70 Groschen Bestellgeld.

§ **Auszeichnungen von Soldaten für Hochwasserhilfe.** Wie der „Przegl. Wiecz." erfährt, sind eine ganze Reihe von Pionieren und sonstigen polnischen Soldaten, die während der Überschwemmungskatastrophe der Bevölkerung wirksame Hilfe geleistet und zum Schutze der Brücken, Straßen und Häuser viel beigetragen haben, von der vorgesetzten Behörde zu Ordensauszeichnungen vorgeschlagen worden. Sie sollen das Verdienstkreuz erhalten. Bemerkenswert ist, daß während dieser Rettungsarbeiten auch Soldaten ums Leben gekommen sind.

§ **Die Aufwertungs-Verordnung,** ins Deutsche übertragen und mit Erläuterungen versehen von Rechtsanwalt Wilhelm Spitzer, hier, ist soeben in Form einer handlichen Broschüre im Verlage von A. Dittmann, G. m. b. H., hier, erschienen und zum Preise von 1 Złoty beim Verlage und im Buchhandel zu haben.

§ **Die Angelegenheit der durchlochten Zehnmillionenmark-Scheine,** die unrechtmäßig wieder in Verkehr gesetzt worden waren, ist von der hiesigen Kriminalpolizei nunmehr aufgeklärt worden. Es handelt sich um Veruntreuungen, die in Bromberg von Arbeitern der Großpolnischen Papierfabrik begangen wurden. Bis heute hat die Polizei 49 solcher Scheine angehalten. Festgenommen wurden in dieser Sache fünf Personen: August Vetter, Kasimir Prusak, Florian Kruczkowski, Stanislaus Błazeyczak und Johann Vetter, von denen die beiden ersten als Täter, die letzteren als Helfershelfer in Frage kommen.

§ **Der „Bund deutscher Männergesangvereine Posen-Pommerellen",** der im vorigen Jahre hier in Bromberg mit bestem Erfolge ein Konzert im Patzerschen Garten gab, beabsichtigt, wie wir erfahren, in diesem Jahre ein solches am 3. August in Inowrocław zu veranstalten. Es soll außer einigen größeren Chören — genannt seien: „Gott ist mein Hirt" von Schubert und Pilgerchor aus dem „Tannhäuser" von Wagner — eine Reihe beliebter Volkslieder in neuerer Bearbeitung als Gesamtchöre bringen. Dazu treten, wie im vorigen Jahre, noch Darbietungen einzelner Vereine und Verbände, so daß auch diesmal allen Freunden guten Männergesanges ein seltener Genuß in Aussicht gestellt werden kann.

§ **Der Besuch der Posener Automobilisten in Bromberg** am gestrigen zweiten Pfingsttage gestaltete sich zu einer größeren sportlichen Kundgebung. Die Mitglieder des „Großpolnischen Automobilisten-Klubs" waren morgens um 6.30 Uhr von Posen abgefahren und trafen, über Gnesen und Inowrocław kommend, bald nach 12 Uhr mittags in Bromberg ein. Eine größere Anzahl hiesiger Automobilisten und Motorradler waren den Gästen bis Hopfengarten entgegengefahren. Die Fahrer hatten bei dem sonnigen trockenen Wetter unter dem Straßenstaub ziemlich zu leiden, und die Erquickung im Hotel Adler wurde dankbar begrüßt. Die Wagen und Motorräder waren inzwischen auf dem Weltzienplatz (Plac Wolności) aufgefahren. Nach Besichtigung der Stadt wurde eine Fahrt nach den Schleusenanlagen und sodann nach Fordon angetreten, die bis über die große Weichselbrücke hinüberführte. Auf der Rückfahrt wurde in Brahnau Rast gemacht. Abends erfolgte in Bromberg im Hotel Adler im Anschluß an diesen Besuch die Gründung einer Ortsgruppe Bromberg des Großpolnischen Automobilisten-Klubs. Leiter dieser Versammlung war Herr Walter Stadie, der Inhaber des bekannten Automobilgeschäfts in der Danziger Straße (Gdańska).

§ **Zur Auffindung der Leiche des Bäckerlehrlings Mertin** aus Lochowo ersucht uns die Kriminalpolizei mitzuteilen, daß alle diejenigen Personen, die sich in der Nacht vom 25. zum 26. Mai zwischen 1 und 3 Uhr auf dem Wege von Lochowo nach Bromberg befunden oder an dem Vergnügen im Gasthofe von Bettin in Lochowo teilgenommen haben und zur Aufklärung der Angelegenheit zweckdienliche Angaben machen können, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 73, melden möchten.

§ **Uhrendiebstähle.** In der Chausseestraße (Grunwalzka) Nr. 64 und in der Schubiner Straße 17 (Szubińska) wurden Damenuhren gestohlen. Im letzten Falle sind ein gewisser Otto Fuchs und ein gewisser Alfred Schreck die Täter.

Bekenntnisse Kalinins.

„Mit gigantischen Schritten geht alles dem Ende entgegen."

Der „Lokal-Anzeiger" berichtet: Durch Zufall ist uns ein kurz vor Beginn der inzwischen zu Ende gegangenen Konferenz der Kommunistischen Partei Sowjetrußlands abgefaßter Brief Kalinins, des Vorsitzenden des Zentral-Exekutiv-Komitees der Sowjetrepublik, an seinen Bruder, der in Finnland, acht Kilometer von Mumantsi entfernt wohnt, in die Hände gelangt. Aus dem Schreiben, das schon rein äußerlich, in der Schriftführung, das Merkmal höchster Erregung trägt, seien folgende, die gegenwärtige Lage Sowjetrußlands höchst bezeichnende Stellen hervorgehoben:

„... Wir hoffen hier, daß die kommunistische Konferenz äußerlich gut verlaufen wird. Damit ist aber die gegenwärtig allgemein herrschende Spannung noch nicht gelöst. Die Lage bei den Bauern wird mit jedem Tage schlechter. Die Stimmung im Dorf ist passiv und abwartend. Die klügeren Bauern glauben schon nicht mehr an Versprechungen. Überdies sind jetzt auch die Rotgardisten zum Teil aufs Land zurückgekehrt, und sie haben ja ähnlich den Arbeitern bereits eine Schule des politischen Abc durchgemacht. Das Dorf ist jetzt eigentlich stärker als wir. Unsere Partei ist niemals so wenig volkstümlich gewesen wie gerade heute. ... Der Sieger wird am Ende doch jenes dunkle und passive Dorf sein, das in sich die elementare Kraft — und ach, auch einen elementaren Haß vereinigt. **Mit gigantischen Schritten geht alles dem Ende entgegen.** Für Euch, die Ihr im Auslande weilt, ist das nicht so recht sichtbar, desto mehr aber für uns hier an Ort und Stelle. Es wird schwer, sehr schwer."

Die eingangs erwähnte Konferenz hat natürlich abermals mit einem Siege der radikalen Richtung geendet. Um so sichtbarer wird das in dem vorstehenden Brief geschilderte Verhängnis seinen Lauf nehmen.

Pensionate — möblierte Zimmer?

Unstimmigkeiten in der Auslegung des Mieterschutzgesetzes.

Das Mieterschutzgesetz ist noch nicht 10 Tage in Kraft, und schon machen sich in seiner Auslegung Unstimmigkeiten bemerkbar. Von den Eigenmächtigkeiten einzelner Hausbesitzer, von denen ein hiesiges Blatt zu berichten wußte, soll hier nicht die Rede sein, da sie, wenn die Angaben des Blattes zutreffen, reine Willkürakte darstellen würden, die mit einer mißverständlichen Auslegung des Gesetzes nichts zu tun haben.

Im Art. 6 werden nach Größe und Art der Wohnungen die Mietsbeträge in Prozenten angegeben, die von jetzt ab erhoben werden dürfen. Der Abs. d dieses Artikels lautet:

„d) für Läden und andere Handels- und Industrieräume, für welche die jährliche Grundmiete die Summe von 500 Rubel bzw. 1200 deutsche Mark bzw. 1500 österreichisch-ungarische Kronen nicht überschritten hat; für Pensionate (möblierte Zimmer), mit der Wohnung nicht verbundene Werkstätten, mit Ausnahme der Kunstmaler- und Bildhauerwerkstätten, sowie für aus mindestens sieben Zimmern bestehende Wohnungen (sind für das zweite Vierteljahr 1924 zu zahlen) — 20 Prozent der für diese Zeit entfallende Grundmiete".

Was in diesem Artikel zu Unstimmigkeiten Anlaß gibt, sind die drei Worte: „Pensionate (möblierte Zimmer)". Einzelne Hauswirte legen diese Worte dahin aus, daß von den Wohnungen, von denen ein oder mehrere Zimmer möbliert abvermietet werden, ohne Rücksicht darauf, daß sie ihrer Größe nach unter eine niedrigere Mietsstufe fallen, 20 Prozent der Grundmiete erhoben werden dürfen. Diese Hausbesitzer berufen sich, wie uns mitgeteilt wird, darauf, daß in einer kürzlich stattgehabten Hausbesitzerversammlung diese Anschauung vorgeherrscht hätte.

Wir unsererseits halten diese Auslegung für irrig. Das wichtigste unter den oben besonders zitierten drei Worten ist das Wort „Pensionat". Einem Mißverständnis kann es nicht unterliegen, daß der Gesetzgeber Wohnungen, in denen ein Pensionat untergebracht ist, einer prozentual höheren Mietsquote unterziehen wollte, als eine Wohnung gleicher Größe ohne Pensionat. Die in Klammern beigefügten Worte „möblierte Zimmer" bilden nur eine, aber unserer Ansicht nach schon darum nicht sehr glückliche Erläuterung des Begriffes „Pensionat", weil sie diesen Begriff nur unvollkommen erläutern. Wenn der Gesetzgeber gewollt hätte, daß Wohnungen, von denen „möblierte Zimmer" abvermietet werden, an sich einen höheren Mietsprozentsatz bedingen sollen, dann hätte er sie als besondere, den anderen in dem Absatz d aufgeführten Fällen koordinierte Bedingungen ohne Klammern aufgezählt. Ihre Einklammerung hinter dem Begriff „Pensionate" kann nur den Sinn haben, daß sie hier nur ein wichtiges Kriterium des Begriffes „Pensionat" darstellen sollten. Leider nur eins.

Was ist nun ein Pensionat? Nach dem deutschen Sprachgebrauch — und im polnischen wird es nicht anders sein — versteht man unter Pensionat eine Art Hotel garni, in dem eine größere Anzahl von Personen gegen festes Entgelt Wohnung und Verpflegung finden. Das sind unserer Ansicht nach die wichtigsten Kriterien des Begriffs „Pensionat". Wenn nun der Gesetzgeber dem Ausdruck „Pensionat" in Klammern die Erläuterung „möblierte Zimmer" hinzufügte, so wollte er ersichtlich damit nur sagen, daß eine Wirtschaft, die etwa einer bestimmten Anzahl Personen Mittagstisch oder ganze Tagesverpflegung liefert, noch nicht ein „Pensionat" im Sinne des Gesetzes darstellt, sondern daß dazu noch ein weiterer wichtiger Umstand hinzukommen muß, nämlich die Gewährung der Wohnung.

Aus dem vorstehenden ergibt sich schon ohne weiteres, daß „möblierte Zimmer", die an Untermieter abgegeben werden, kein Pensionat darstellen können, das nach dem Mieterschutzgesetz allein bei Wohnungen bis zu 6 Zimmern einen Mietsatz von 20 Prozent für den jetzigen Juni rechtfertigen würde.

Man stelle sich vor: Eine arme Witwe hat eine Wohnung von 2 Zimmern und Küche. Wenn sie von diesen 2 Zimmern eines möbliert vermietet, hat sie damit ein Pensionat errichtet? Die Frage aufwerfen heißt sie verneinen. Daß aber die Vermietung möblierter Zimmer allein, ohne daß damit ein Pensionat verbunden ist, bei Wohnungen bis zu 6 Zimmern den Mietsatz von 20 Prozent nicht rechtfertigen kann, glauben wir oben einwandsfrei nachgewiesen zu haben.

Wenn die Auslegung der eingangs bezeichneten Hausbesitzer bezüglich der möblierten Zimmer richtig wäre, dann würde die weiter oben erwähnte arme Witwe mit ihren 2 Zimmern schlechter gestellt sein, als der Inhaber einer 7-Zimmerwohnung, der für den Juni d. J. auch nur einen Mietsatz von 20 Prozent zu zahlen hat, ganz gleichgültig, ob er möblierte Zimmer abvermietet oder nicht. Daß der Gesetzgeber diese unsoziale Gleichstellung zweier sozial so grundverschiedener Personen, wie die mehrerwähnte Witwe mit ihren 2 Zimmern und den Inhaber einer 7-Zimmerwohnung, hinsichtlich ihrer Zahlungspflichten bewußt gewollt haben sollte, halten wir für völlig ausgeschlossen. Daß für Pensionate größeren Stils, d. h. in Wohnungen über 6 Zimmer, keine höheren Mietprozentsätze vorgesehen sind, ist eine Frage für sich, die wir hier auf sich beruhen lassen können, da sie über Zweck und Rahmen dieses Artikels hinausgeht.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der vorstehend erörterten strittigen Frage, die in das praktische Leben tief einschneidet, scheint uns eine rasche authentische Interpretation der bez. gesetzlichen Bestimmung von zuständiger Stelle, d. h. von seiten der Minister für Justiz und Inneres, die mit der Ausführung des Gesetzes betraut sind, geboten — und zwar zum mindesten in der Form, daß die Mieteinigungsämter mit entsprechenden Instruktionen versehen werden.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 10. Juni.

Gegen die Aufhebung der Bromberger Postdirektion.

Schon früher sind Gerüchte laut geworden über eine evtl. Aufhebung der Post- und Telegraphendirektion in Bromberg. Später ist es einige Zeit davon still gewesen. Neuerdings aber leben die Gerüchte wieder auf, denn wie der „Monitor Polski" berichtet, hat die Sparkommission, die am 23. Mai d. J. unter Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Sitzung abhielt, beschlossen, auch in der Postverwaltung, d. h. in der Generaldirektion der Post und in den Bezirksdirektionen, Ersparnisse eintreten zu lassen. Von den Bezirksdirektionen sollen danach eine Reihe aufgelöst werden. Gleichzeitig verlautet in der Presse, daß es die Postdirektionen in Bromberg, Krakau und Lublin sind, die aufgehoben werden sollen. Diese Nachrichten haben selbstverständlich in unserem Bezirk Unruhe hervorgerufen und die Handels- und Gewerbekammer in Bromberg hat sich mit den Handelskammern für Graudenz-Stargard und Thorn bezüglich eines einheitlichen Vorgehens in dieser Sache ins Benehmen gesetzt. In einer Eingabe an den Minister für Handel und Gewerbe haben diese Kammern die Bedeutung und Wichtigkeit der Bromberger Postdirektion dargelegt. Die Postdirektion in Bromberg steht hinsichtlich der Zahl der postalischen Institutionen in Polen an zweiter Stelle, da sie 796 solcher Institutionen zählt. Sie steht in dieser Hinsicht nur der Posener Direktion nach. Der Verkehr in dem Bromberger Bezirk beträgt 10 Prozent des ganzen polnischen Verkehrs, und die Intensität dieses Verkehrs ist in diesem Bezirk im Vergleich mit dem des ganzen Staates am größten, denn auf 100 Einwohner entfallen im Direktionsbezirk Bromberg 36 150 Briefsendungen, während in Kattowitz nur 25 883, in Krakau 23 712, in Lemberg 14 430 Briefsendungen auf 100 Einwohner entfallen. Hierzu kommt noch der wichtige Umstand, daß der Verkehr ständig wächst und das Budget Brombergs Überschüsse ergibt, den Staat also nicht belastet. Die genannten drei Handelskammern gaben der Befürchtung Ausdruck, daß die Aufhebung eines so großen Bezirkes, der den ganzen Nordwesten der Posener Wojewodschaft umfaßt und bis zur Ostsee reicht, in dem Bromberg die natürliche Zentrale bildet, der Industrie und dem Handel des Gebietes unwiederbringlichen Schaden bringen würde. Die genannten Handelskammern bitten deshalb den Minister, sich einem etwaigen Plan, den Direktionsbezirk Bromberg aufzuheben, energisch zu widersetzen.

Amtsbezirke der Deutschen Konsulate in Polen.

In der Öffentlichkeit bestehen immer noch Unklarheiten über die Zuständigkeit der Deutschen Kosulate in Polen. Letztere sind folgendermaßen gegeneinander abgegrenzt:

Für ganz Pommerellen ist in Konsulatssachen, mit Ausnahme von Paßsachen, ausschließlich zuständig das Deutsche Konsulat in Thorn. In Paßsachen ist für Pommerellen rechts der Weichsel die Paßstelle bei dem Konsulat in Thorn, für Pommerellen links der Weichsel die Deutsche Paßstelle in Bromberg zuständig. Die Wojewodschaft Posen gehört in Konsulatssachen zum Amtsbezirk des Deutschen Generalkonsulats in Posen; in Paßsachen untersteht der nördliche Teil der Wojewodschaft der Deutschen Paßstelle in Bromberg, der südliche der Paßstelle bei dem Deutschen Generalkonsulat in Posen. Das Deutsche Konsulat in Lodz ist für die gleichnamige Wojewodschaft zuständig, während die Konsulatsabteilung der Deutschen Gesandtschaft in Warschau alle übrigen Teile des ehemaligen russischen Gebietes umfaßt. Für die oberschlesischen Teile ist das Generalkonsulat in Kattowitz und für die ehemalig österreichischen (Klein-Polen) das Konsulat in Krakau zuständig.

Der Gauverband Bromberger Männerchöre

veranstaltete am zweiten Pfingsttage im Elysiumgarten bei denkbar prächtigstem Wetter ein Frühkonzert, das außerordentlich stark besucht war und den Hörern schöne und nachhaltige Eindrücke vermittelte. Der Gauverband setzt sich bekanntlich zusammen aus dem „Bromberger Sängerbund", dem „Gutenberg" und der „Kornblume", und die gestrige so harmonisch verlaufene Veranstaltung ließ es bedauern, daß der stattliche Verband (rund 80 Sänger) seit dem Bundessängerfest im vorigen Sommer nicht an die Öffentlichkeit getreten ist. Vielleicht könnte das Versäumte gelegentlich in ähnlicher Form wie gestern noch einmal nachgeholt werden. — Die vorgetragenen Chöre einer Reihe bekannter Meister zeigten in ihrer Auswahl einen freundlichen Wechsel zwischen ernsteren und heiteren, leicht beschwingten Stimmungen, und alles kam, unter Leitung des bewährten Gaudirigenten Herrn Hopp in schöner harmonischer Rundung, reiner Tongebung und klarer Aussprache zu geschlossener Auswirkung. In den Pausen brachte ein geschultes Salonorchester ernste und heitere Weisen in trefflicher Wiedergabe zu Gehör, und alle Vorträge fanden lebhaften und herzlichen Beifall. Zwangloser geselliger Verkehr und die kleineren materiellen Genüsse vornehmlich in Gestalt von Kaffee und Pfingstkuchen trugen dann noch dazu bei, die Stimmung dieser Morgenstunden zu erhöhen und den Pfingstfeiertag somit aufs angenehmste zu eröffnen.

§ **In der Stadtverordnetensitzung** am Donnerstag, 12. d., steht u. a. die Arbeitslosenfrage in Verbindung mit der entsprechenden Interpellation vom 30. Mai d. J. auf der Tagesordnung.

§ **Das herrliche Pfingstwetter** hat an den beiden Feiertagen den Ausflugsverkehr in einer Weise gesteigert, wie man es hier kaum jemals erlebt hat. Alle Ausflugsorte der näheren und weiteren Umgebung zeigten Hochbetrieb, und Züge und Dampfer waren bis zum letzten Platz besetzt, so daß z. B. letztere noch durch eingelegte Dampfer vermehrt werden mußten. Das Gegenbild dazu boten in einigen Nachmittagsstunden die Straßen der Stadt, die ziemlich einsam und verlassen dalagen. Somit sind wohl beide „Parteien" zu ihrem Recht gekommen: die Gartenwirtschaften auf ihre Kosten und die Gäste auf ihre Unkosten.

§ **Internationale Ringkämpfe im Trocadero.** Am Montag siegte Borowiak über den Japaner in acht Minuten. Der Kampf zwischen Spiewaczek und Petersen verlief nach 20 Minuten ohne Resultat. Popławski siegte im zweiten Treffen nach 28 Minuten über den Juden Frenkel.

§ **Festgenommene Diebe.** Wegen einer Reihe von Diebstählen, die in der Umgebung von Bromberg begangen worden waren, wurden ein gewisser Klekowski nebst Frau und ein gewisser Ulanski nebst Frau festgenommen. Klekowski wurde, als er bei seiner Verhaftung Widerstand leistete, angeschlossen.

§ **Diebstahl.** In der Chausseestraße (Grunwaldzka) 23 stahl ein Dienstmädchen namens Anna Salom Wäsche und ein goldenes Halsband. Die Diebin ist flüchtig.

§ **Festgenommen** wurden während der Pfingstfeiertage 9 Sittendirnen und 1 Taschendieb.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Deutsche Bühne Bydgoszcz, T. z. Donnerstag einmaliges Ensemble-Gastspiel unter Leitung Carl Kliewers „Die Koralle", Schauspiel von Georg Kaiser in der stilisierten Inszenierung des Oberspielleiters des Danziger Stadttheaters Hermann Merz, die Hauptrollen in der Originalbesetzung des Danziger Stadttheaters: Milliardär: Carl Kliewer, dessen Sekretär und Doppelgänger: Carlheinz Stein, Sohn: Hermann Weiße (der jetzige erste jugendliche Held des Danziger Stadttheaters kommt zum ersten Male nach Bromberg), Tochter: Flory Heine (die wir im Vorjahre in Maria Magdalena kennengelernt haben), Der Herr in Grau: Heinz Brede, ferner Carl Brückel, Reginald Buse, Charlotte Kowitz, dazu einige Mitglieder der Bromberger Bühne. Der freihändige Billettverkauf hat bereits begonnen und die Nachfrage ist sehr stark, so daß auf ein ausverkauftes Haus zu schließen ist. In Anbetracht der Wichtigkeit des künstlerischen Ereignisses darf das auch gar nicht anders zu erwarten sein. Es gelten erhöhte Gastspielpreise, doch sind sie immer noch weit unter dem Niveau der Preise anderer Gastspielveranstaltungen, und im Verhältnis zu den Unkosten der Gäste bescheiden.

Deutsche Bühne Bydgoszcz, Abt. Kulturfilm. Den deutschen Vereinen teilen wir auf diesem Wege mit, daß unsere nächste Kulturfilmdarbietung am Sonntag, abends 8 Uhr, stattfindet. Sie bringt uns den wohl schönsten deutschen Sport-Spielfilm, der bisher hergestellt worden ist, „Das Wunder des Schneeschuh", einen siebenaktigen Großfilm. Für den begleitenden Vortrag ist Direktor Dr. Schönbeck gewonnen worden. Man darf also wohl einen erlesenen Genuß erwarten. (17816

* * *

* **Inowrocław**, 7. Juni. Der landwirtschaftliche Verein „Kujawien" hielt am vergangenen Mittwoch unter dem Vorsitz des Rittergutsbesitzers Hinsch-Lachmirowice seine Juni-Sitzung ab, an der auch Damen teilnahmen. Nach einer Aussprache über die jetzt öfters auftauchende Rübenfliege sowie über die Leutefrage sprach Direktor Dr. Beims über „Landwirtschaftliche Bedarfsartikel". Redner besprach eingehend die Lage auf dem Kohlen-, Dünge- und Futtermittelmarkt und hob die Vorteile hervor, die der Landwirt aus dem Arbeiten mit den Genossenschaften genießt. An die Ausführrungen des Redners schloß sich eine längere, lebhafte Aussprache über das Genossenschaftswesen. Es folgte darauf ein sehr interessanter Vortrag des Gartenbau-Direktors Reißert-Poznań über Obst- und Beerenweinzubereitung.

* **Posen** (Poznań), 7. Juni. Auf Befehl der Staatsanwaltschaft des Posener Bezirksgerichts hin wurden dieser Tage zwei nicht ganz unbekannte Personen verhaftet. Es sind dies nach den „Pos. N. N.": Dr. Nowrola und Jarosinski. Beiden Verhafteten wird zur Last gelegt, sich bei den Lebensmittellieferungen für das Heer auf unrechtmäßige Weise bereichert zu haben. Beide Inhaftierten haben an die Staatsanwaltschaft Gesuche um Haftbefreiung gerichtet; doch fordert die Staatsanwaltschaft je 100 000 Złoty Kaution.

* **Samter** (Szamotuły), 6. Juni. In Bytyń hiesigen Kreises brach nachts 2 Uhr in den Sägewerken ein großer Brand aus, der sich schnell über alle Gebäude verbreitete. Das Feuer vernichtete die Schneidemühle und andere Gebäude samt den wertvollen Maschinen. Die großen Holzvorräte konnten gerettet werden. Das Werk gehörte der Gutsbesitzerin Gąsiorowska, die schon seit Jahren in Frankreich weilt.

Kleine Rundschau.

* **Uruguay Sieger im Olympischen Fußballturnier.** In den Schlußkämpfen um die Meisterschaft in der Pariser Fußball-Olympiade, über die wir in unserer letzten Ausgabe ausführlich berichtet haben, siegte im Semi-Finale die Schweiz über Schweden mit 2 : 1 und Uruguay über Holland mit 2 : 1. Im Entscheidungsturnier am gestrigen Pfingstmontag siegte Uruguay über die Schweiz mit 3 : 0. — Bekanntlich ist Deutschland von der Pariser Olympiade ausgeschlossen. Es ist darum ganz besonders interessant, daß der Verband Brandenburgischer Ballspielvereine in Verhandlungen steht, um die siegreiche Mannschaft von Uruguay nach Berlin zu verpflichten. Sollte die Absicht, die Südamerikaner für den 22. Juni gegen eine Verbandsmannschaft zu einem Wettkampfe im Deutschen Stadion zu gewinnen, durchgeführt werden können, wird der Berliner Fußballsport eine Sensation haben. Erst nach einem Siege über den deutschen Meister wird der südamerikanischen Mannschaft der Weltmeistertitel voll und ganz gebühren.

* **Verheerender Wirbelsturm.** Düsseldorf, 10. Juni. (PAT.) Vorgestern um 2 Uhr nachmittags hat ein Wirbelsturm hier ungewöhnlichen Schaden angerichtet. Der Glockenturm der Kirche von St. Martin stürzte ein. Alle Gärten und Parkanlagen sind vollständig durch Wind und Hagel vernichtet worden. Die Straßen waren durch heruntergerissene Dächer förmlich verbarrikadiert. Die Feuerwehr wurde 135 Mal alarmiert.

Handels-Rundschau.

Ein Memorandum der polnischen Zuckerindustrie. Der Oberste Rat der polnischen Zuckerindustrie hat dem Ministerpräsidenten eine Denkschrift vorgelegt, in dem die schwierige Lage der Zuckerindustrie dargelegt wird. Aus dem Inhalt der Denkschrift geht hervor, daß der Mangel an Barmitteln sowie die Exportverluste eine Gefährdung der Zuckerindustrie herbeigeführt haben. Als Mittel zur Beseitigung dieses Übels wird vorgeschlagen: 1. Die Stabilisation des Inlandszuckerpreises auf 98 Złoty für 100 Kg., 2. Aufhebung der Exportabgaben, 3. Garantie, daß im nächsten Jahre 20 000 Waggon Zucker ausgeführt werden dürfen, damit man jetzt schon die nötigen Auslandskredite erhalten könnte.

Geldmarkt.

Die Börsen in Polen und Deutschland waren am Pfingstsonnabend, 7 Juni, geschlossen. Daher liegen Notierungen von dorther nicht vor.

Züricher Börse vom 7. Juni. (Amtlich.) Warschau 109, Neuyork 5,68 3/8, London 24,52, Paris 28,90, Wien 80 1/16, Prag 16,61, Italien 24,70, Belgien 25,25, Holland 213 1/8, Berlin 1,36.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für 1 Goldmark 1,22 Zł., 1 Dollar, große Scheine 5,12—5,15 Zł., kleine 5,10 Zł., 1 Pfund Sterling 22,25 Zł., 100 franz. Franken 25,55 Zł., 100 Schweizer Franken 90,30 Zł.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 7. Juni in Krakau — 0,86 (1,66), Zawichost 1,43 (1,50), Warschau 1,69 (1,78), Plock 1,21 (1,24), Thorn 1,42 (1,44), Fordon 1,47 (1,49), Culm 1,41 (1,40), Graudenz 1,47 (1,44), Kurzebrak 1,96 (1,89), Montau 1,40 (1,31), Pieckel 1,33 (1,23), Dirschau 1,36 (1,24), Einlage 2,24 (2,28), Schiewenhorst — (2,46) Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: i. V. Gotthold Starke; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.
Hierzu: „Der Hausfreund" Nr. 48.

Statt Karten.

Die Verlobung unserer Tochter **Hanna** mit dem Landwirt Herrn **Otto Marklewitz** geben wir bekannt. 17750

Forstverwalter **Kopietz** und Frau.

Bolumin, Pfingsten 1924.

Hanna Kopietz
Otto Marklewitz
Verlobte

Forsthaus Bolumin — Stablewice.

Rotraut Tschinkel
Reinhold Grebler

grüßen als Verlobte

Nakło, Pfingsten 1924. 17808

Statt Karten.

Die Verlobung unserer Tochter **Frieda** mit dem Lehrer Herrn **Erich Werner** geben wir hiermit bekannt.

Otto Primus u. Frau
geb. Stephan.

Frieda Primus
Erich Werner
Verlobte

Pfingsten 1924

Łabiszyn.

Tomaten-Pflanzen mit Topfballen
Kohl-Pflanzen 17386
u. a. Gemüsepflanzen
Sommerblum.-Pfl.
Gruppen-Pflanzen
Einfass.-Pflanzen
Teppich-Pflanzen
Pelargonien u. a. Balkon-Pflanzen
Schling-Pflanzen
alles in größt. Ausw. zu d. billigst. Preisen.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Jul. Roß,
Gärtnerei-Besitzer,
Sw. Trójcy 15.

Stühle flicht
Blindenheim,
ul. Kołłątaja 13/14.



Für die zahlreichen Glückwünsche und sonstigen freundlichen Aufmerksamkeiten, die uns aus Anlaß unserer **silbernen Hochzeit** zuteil geworden sind, sagen wir auf diesem Wege

herzlichen Dank.

Elsendorf, den 10. Juni 1924.

17797

Gustav Becker
und **Frau Ida** geb. Guse.

Durch Ankauf eines ganzen Grabstein-Lagers bin ich in die Lage versetzt, 17393

Grabsteine

in bekannt guter Ausführung zu konkurrenzl. Preisen abzug. Garantie f. Wetterbeständigkeit.
Prachtvolle Waschtischgarnituren
aus Marmor und prima Kunststein billigst.
G. Wodsack, Steinmetzmeister,
Bydgoszcz, Dworcowa Nr. 79. Teleph. 651.

Durch Uebernahme einer großen Fabrik Pommerellens bin ich in der Lage

Grab-Steine

in bester Ausführung zu billigen Preisen zu liefern.
Reichhaltiges Lager in

Waschtisch-Garnituren

aus Marmor und prima Kunststein.

J. JOB, Bydgoszcz,
Dworcowa 48.

Rechtshilfe

auch in den **schwierigsten Rechtsangelegenheiten**, wie Straf-, Zivil-, Erbschafts-, Hypotheken-, Vertrags-, Gesellschafts-, Miets-, Steuersachen usw. 17659

St. Banaszak,
Bydgoszcz,
ulica Cieszkowskiego (Moltkestr.) 2.
Telephon 1304.
Langjährige Praxis.

Bocianowo 4
Dort ist die **günstigste Einkaufsquelle** von allerlei 1996
Polsterwaren
Auflege-Matratz.
Chaiselongues
Klubgarnituren
Sofas u. Stühlen.
Täglich von 9 bis 6 Uhr.

Neu- u. Umarbeitg. von
Damenhüten
modern u. preisw. 6452
Okole, Jasna 8, I, r.

Paul Bowski
Dentist
Mostowa (Brückenstr.) 10, I.
Sprechstunden:
von 9 bis 1 und von 3 bis 7 Uhr.
Künstl. Zähne, Kronen, Brücken
in erstklassiger Ausführung. 17658

Wilh. Matern
Dentist 17606
Sprechstunden v. 9–1 u. 3–6 Uhr
Bydgoszcz, Gdańska 21.

Wichtig für Steuerzahler.
Steuererklärungen werden gewissenhaft und den Vorschriften entspr. ausgefertigt. Daselbst wird auch Rat in allen Rechtsangelegenheiten erteilt. Büro „WAP", ul. Gdańska 162, II. Etage, neben Hotel Adler. 17713

„Pola"
unerreichtes Seifenpulver
mit Veilchengeruch 17107
das beste und **neueste!**

Gegen
Ratenzahlung!
Herren- und Damen-Garderoben
Grosse Auswahl in Kostümen u. Damen-Mänteln
Eig. Fabrikat. v. Damen-Garderoben
Günstige Abschlagszahlungen.
Marcinkowski, ul. Jezuicka Nr. 6.
Billigste Einkaufsquelle. 17138

Ersatzteile

zu Mäh- und Dampfdreschmaschinen, Lokomobilen,
sowie allen anderen
landw. Maschinen und Geräten
liefern
Muscate, Beicke & Co., Tczew,
T. z o. p. 17792

Hebamme
erteilt Rat u. nimmt Bestellungen entgegen.
R. Skubinska,
Bydgoszcz-Wilczak,
Nakielska 17, 2 Trepp.

Durch günstigen Einkauf besonders preiswert

Hüte in unerreichter Auswahl, für jeden (17573 Geschmack passend, **von 16 Mill. ab** **Trikotin- u. Stepphüte**

Garnituren wie Reiher, Blumen, Fantasies usw. **Umarbeitungen** schnell u. schick

Niedźwiedzia Bärenstraße **4 Martha Kuhrke** Niedźwiedzia Bärenstraße **4**

Pianos

solide Bauart, hervorragender Ton,
zu Fabrikpreisen, liefert
Piano-Fabrik
Bruno Sommerfeld
Bydgoszcz, Sniadeckich 56.
Tel. 883. 17419

Wegen
Geldmangel
verkaufe ich zu
Ausnahme-Preisen

80 Faß besten Portland-Zement
50000 pa. Ziegelsteine
20 Ztr. Schlemmkreide
30 Sack Gips
1 Kiste Glas
5 Faß Klebemasse
300 Rollen Dachpappe
20 Faß destill. Steinkohlenteer

Bruno Kryger
Okole, ul. Grunwaldzka 87.
Telefon 490. :: Telefon 490.

Ankerwickelei und Motor-Reparaturwerkstatt.

Neuwickeln und Umwickeln von Dynamomaschinen und Elektromotoren unter Garantie in kürzester Zeit bei billigster Berechnung.

Gleichstrom- und Drehstrom-Motoren sowie Installations-Material
ab Lager lieferbar. 17463

Ausführung elektr. Licht- und Kraftanlagen.

Wilh. Buchholz, Ingenieur
Bydgoszcz, Gdańska 150a
Telephon 405. — Gegründet 1907. — Telephon 405.



Gartenschläuche
in sämtlichen Dimensionen
empfiehlt 17165
Ernst Schmidt,
Bydgoszcz,
Dworcowa Nr. 93.
Telefon 288 u. 1616.

Kursus
für
Buchführung
Stenographie
Maschinenschreiben
erteilt
G. Vorreau
Privat-Handelsschule 17369
Jagiellońska 14.

Heirat

Dame

aus Kaufm.-Familie größerer Provinzstadt Polens, 27 Jahre alt, deutsch, evangel., beste Schulbildung, musikal., wünscht Briefwechsel zwecks späterer Verheiratung. Gefl. Anschriften unter **K. 17800** an die Geschst. d. Zeitg.

Frl., 33 Jahre, evgl., Wäsche, Betten u. Vermögen vorhand., wnscht. Herrenbekanntschaft zwecks **Heirat.** Offerten m. Bild unt. **R. 8524** an d. Gst. d. Z.

Offene Stellen

Suche für Gut, 1600 Morgen, schwer. Boden mit Brennerei einen erfahrenen, unverh., evangelischen

Beamten 17790

der nach gegebenen Dispositionen zu wirtschaften hat z. 15. d. M. Zu demselben Termin

einen jg. Mann

für ein Gut, 2400 Mrg. **als 2. Beamten** für Feld und Hof, Buchführung, beides Dauerstellungen. Gefl. Offert. m. Lebenslauf, Zeugnisabschriften u. Gehaltsforderung an **Administr. Goltz in Czecholewy, poczta Starogard, Pomorze.**

Vertreter

in allen Städten Polens für sehr leicht verkäuflichen Artikel D. R. P. gesucht. Reflektiere jedoch nur auf erste Kräfte. Angebote unter **U. 8547** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wir suchen zum 1. Juli 24 für unsere neu einzurichtende Buchstelle eine als

Übersetzer

geeignete Kraft, die die deutsche und polnische Sprache in Wort und Schrift völlig beherrscht und mit der **Führung landwirtschaftlicher Bücher** vertraut ist. 17714

Meldungen mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen sind umgehend zu richten an

„Lakwa", Tczew,
ul. Kopernika 1.

Suche zum Eintritt per 1. Juli d. Js.

tüchtigen und soliden Herrn

für Buchhaltung u. Korrespondenz, mit poln. Staatsangehörigkeit. Ferner für **deutsche und polnische Korrespondenz** eine

Dame

mit längerer Büropraxis. Bewerber aus der **Mühlen- od. Getreidebranche** werd. bevorzugt.

Bewerbungen m. Zeugnisabschriften, Bild und Gehaltsansprüchen unter **F. 17768** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Hauslehrer (in)
mit Lehrberechtigung, für **11 jähr. Mädchen u. 9 jähr. Knaben** zum Herbst auf mittler. Gut gesucht. Zeugn.-Abschr. und Gehalts Forder. u. **J. 8516** an d. Gst. d. Z.

Erf. **Landwirt,** der selbst m. Hand anlegt, f. kl. Nieder.-Grndstck. sof. gesucht. Off. unt. **F. 8498** an d. Gst. d. Z.

Einen tüchtigen
Böttcher
mit Handwerkszeug sucht 17721
J. Pietschmann
Bydgoszcz,
Dachpappen-Fabrik,
Grudziądzka 8.

---

1 Schmiedegeselle
kann sofort eintreten.
F. Teschke, Schmiedem.,
Serock, Kr. Swiecie.

Ein tücht., älterer
Schmied
auf Lokomobilen und Dreschmasch. eingearb., wird ges. **Szczecinska 7.**
8544

Eleve 17801

mit Vorkenntnissen, f. meine 600 Morgen gr. Niederungswirtschaft, kann sich melden. Familienanschluß, Tasch.-Geld wird gewährt. **Geschke, Gutsbesitzer, Wielkie Walichnowy, Powiat Gniew** (Gr. Falkenau a. W., Kreis Mewe), **Pommerellen.**

Zum 1. 7. 1924 findet ein gebildeter

Eleve

auf 1000 Morg. groß. Rübenwirtschaft Aufnahme. Bewerb. mit Lebensl. sind zu richt. unter **N. 17805** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Einen unverh. evgl. **Hausdiener,** der auch bei der Krankenpflege hilft, sucht v. sogl. 17806 **das Diakonissenhaus.**

Lehrlinge

zur gründl. Erlernung der Steinmetzerei und Bildhauerei stellt ein gegen Kostgeld oder Verpflegung 17302
G. Wodsack, Steinmetzmeister, **Dworcowa 79.**

Molkerei-Lehrling
von sofort ges. 17809
W. Kock & Söhne,
Bydg., ul. Gdańska 56.

Sohn achtb. Eltern, welcher Lust hat, die

Müllerei

zu erlernen, kann von sofort oder später in meiner **Motor- und Wassermühle** eintret. Fr. Stat. u. Taschengeld wird gewährt.

H. Buhse,
Mühlenbesitzer,
Rudki, b. Trzemeszno.

Aeltere
Wirtin
für frauenl. 45 Morg. große Wirtschaft sofort gesucht. 17773

Witte, Niostoy
bei Działdowo
(Soldau).

Gesucht einf., tüchtige
Geflügelfrau
mit Aufzucht v. allem Geflügel, auch Puten, gut vertraut. Polnisch sprechd. Freie Aufnhm. Gehalt nach Übereink. Freie Reise. Genaue Angebote u. **M. 17804** an d. Geschäftsst. d. Z.

Gesucht für deutschen Landhaushalt nach Kleinpolen

feine Köchin

oder **Wirtschafterin.** Angebote mit Gehaltsanspr. unter **J. 17794** an d. Gschst. d. Z. erb.

Gesucht **solides,** evangl.
Hausmädchen
oder 17789
einfache Stütze
mit einiger Kochkenntn.
zum 15. Juni.
Frau Rechtsanwalt
Partikel, Graudenz.

Ordentliches, älteres
Mädchen
die gut kocht, sofort ges.
Wiśniewski,
Szwederowo,
ul. Konopna 39. 17755

14–16-jährig., kräftig.
Kindermädchen
f. tagsüber vrl. sof. 17726
Wollmarkt 4, 1 Tr., l.

Aufwärterin
ges. Meld. b. **Alexander,**
Dworcowa 30, II. 8553

Stellengesuche

Gebildeter Herr, 29 J., ev., mehrjähr. landw. **Praxis,** sucht z. 1. Juli Stellung als

Beamter

mögl. unt. d. Chef selbst. Gefl. Off. u. **G. 17769** a. d. Geschst. d. Ztg.

Suche Stellung als **Wirtin** vom 1. 7. cr. Gute Zgn. vorh. Z. erfr. **Szczecińska 1,** Frisrgsch.
8513

An- u. Verkäufe

Wollen Sie
verkaufen?
Wend. Sie s. vertrauensvoll an **S. Ruszkowski, Dom Osadniczy, Poln.-Amerikanisch. Büro für Grundstückhdl, Herm.-Frankeit. 1a. Tel. 885.** 18478

Möbel
gebr., kauft ständig
Skład Handl. Komisowy,
Kościelna 5. 8491

---

2 Häuser
stehen zum Verkauf massiv, gut erhalten und in guter Lage.
Filan, Chojnice
17709 Schlochauerstr. 42.

---

1 Pferd
billig zu verkaufen
ul. Grodztwo 28
(Hempelstr.), Tel. 7. 17758

Kaufe ein 17798
Reitpferd
für mittleres Gewicht.
Buettner,
Jeziórki, p. Nieżychowo.

---

6 junge
Stiere
stehen z. Verkauf 17785
Poln. Konopat
b. Terespole.

Hochzucht
im Freistaat Danzig
gibt ab erstkl., sprungfähige u. jüngere 17793

Eber
sowie junge
Sauen

des großen, weißen Edelschweines.
Die Tiere sind zum Teil prämiiert.
Meine Zucht erhielt in Danzig auf der gr. Landw. Ausstellg. d. J. die Gold., Silb. u. Bronz. Staatsmed. sow. viele erste u. andere Preise.
H. Dyck, Trutenau
Freistaat Danzig.
Telefon Gr. Zünder 86.

Schlafzimmer
in Eiche und **Damenzimmer** in Mahag., allermod. Ausführung, vert. preisw. 17460 auch auf Teilzahlun[g]
Fabrik
Jackowskiego 33.

Sekretär u. Servante zu kauf. ges. Off. unt. **L. 8519** an d. Gst. d. Z.

---

12 eichene
Speisezim.-Stühle,
roh, verkauft 8550
Okole, Kraszewskiego 1.

Nähmaschine
zu kauf. ges. Off. unt. **M. 8520** an d. Gst. d. Z.

Opel 8/22
6-sitzig, tadellos bereift, betriebssicher, Umstände halber für 650 Dollar in poln. Währung zu verkauf.
Rich. Gehrke,
Chojnice. Tel. 108.

---

1 **eleg. Jagdwagen, eine Britschke** und Selbstfahrer verkauft preisw. 8441
Hopp, Nakło. Tel. 80.

Rotguß
Kupfer u. Messing
für eigenen Bedarf kauft ständig 17774
Nowacki,
Rycerska 6. Tel. 910.

Ausgekämmtes
Frauenhaar
und Haarabfälle
kauft höchstzahlend
Haarindustrie
Bydgoszcz, Królowej Jadwigi (Viktoriastr.) 5.

Frauenhaar
kauft 18319
Haargeschäft
Puppenklinik
Bydgoszcz, Dworc. 15.

Zeitungspapier
kauft ständig 17117
F. Kreski, Bydgoszcz

Wohnungen

Wer tauscht 2 Stub. u. Küche geg. 2 Stub. u. Küche m. **Portierstelle?** Offert. unter **T. 8545** an d. Gst. d. Z.

Pensionen

Lyzeallehrerin
sucht v. 15. 7. b. 1. 9. 24
Unterkunft auf Gut
gegen Erteilung von Nachhilfestunden.
Angeb. unt. **L. 17803** an d. Geschst. d. Z. erb